

# Sand im Getriebe 16

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

## Europäisches Sozialforum: Globalisierung und Neoliberalismus Kriege - Davos - Asiatisches Sozialforum

Die Berichte über das Europäische Sozialforum in Florenz im November 2002 setzen wir fort; Schwerpunkt ist in dieser Nummer „Globalisierung und Neoliberalismus“, in der nächsten Nummer werden wir über den Schwerpunkt „Globalisierung und Demokratie“ berichten. Die Vielfalt der auf dem Europäischen Sozialforum behandelten Themen können wir nicht vollständig dokumentieren, einmal weil es mit der derzeitigen kleinen Redaktion nicht zu schaffen ist, zum anderen weil eine andere Veröffentlichungsform – z.B. ein Reader – für solche Konferenzen sicherlich das passendere Medium wäre. Mögen diese Ausschnitte den Wunsch nach „Mehr“ wecken!

Wir dokumentieren auch Stimmen gegen Kriege, weisen auf die Proteste gegen das World Economic Forum (WEF) in Davos hin und berichten über das asiatische Sozialforum (2. bis zum 7. Januar in Indien).

Eine zweite, aktualisierte Auflage der **Nr.15** mit dem Schwerpunkt  
„Debatten auf dem ATTAC-Ratschlag“ erscheint in Kürze.

Peter Strotmann (Attac Berlin), Marie-Dominique Vernhes (Attac Hamburg), [Sand.im.getriebe@attac.org](mailto:Sand.im.getriebe@attac.org)

### Inhalt dieser Nummer

Europäisches Sozialforum		Seite
F.Polet und A.Zacharie, ATTAC Belgien	Das Europäische Sozialforum oder die Gestaltung einer öffentlichen Diskussionsplattform auf europäischer Ebene	2
	Übersicht der Konferenzen zum Thema „Globalisierung und Neoliberalismus“	3
Örjan Appelqvist, Mitglied von Attac Schweden	Globale Steuern: aussichtsloser Traum, Angelegenheit von Lobbyisten oder gesellschaftliches Anliegen?	4
Asbjørn Wahl, ATTAC Norwegen	Privatisierungen Multinationale Konzerne und Demokratie	7
Christian Zeller, ATTAC Schweiz	Perspektiven der sozialen Aneignung: Emanzipatorische und demokratische Antworten auf Privatisierungen entwickeln)	10
Erklärung von belgischen Ministern	Die belgische Stellungnahme zu der Beziehung zwischen dem Erziehungswesen und dem GATS	17
<b>Kriege</b>		
Eduardo Galeano	Die USA im Krieg	19
(Robert Jasmin, Präsident von ATTAC Quebec	Die vergessenen Gesichter des Krieges	20
	Erklärung von Kairo: Gggen die Hegemonie der USA – Kein Krieg gegen Irak – In Solidarität mit Palästina	21
Münchener Friedensbündnis	Proteste in München gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 8.2	22
<b>Das andere Davos: "VOM KASINO- ZUM KASERNENKAPITALISMUS"</b>		24
<b>Asiatisches Sozialforum</b>		
Christa Wichterich	Gegen die Zerstörung von Vielfalt: viele andere Asien sind möglich	26



## **Das Europäische Sozialforum oder die Gestaltung einer öffentlichen Diskussionsplattform auf europäischer Ebene**

Von François Polet (Forscher im Dreikontinente-Zentrum und Mitglied des wissenschaftlichen Netzwerkes von ATTAC Belgien) und Arnaud Zacharie (Sprecher und Koordinator des wissenschaftlichen Netzwerkes von ATTAC Belgien, Forscher am CADTM)

Der Erfolg des ersten Europäischen Sozialforums (ESF) darf nicht nur an der Zahl seiner Teilnehmer gemessen werden: Anstatt der ursprünglich angekündigten 20.000 kamen 60.000 zum Forum selbst, und zur Kundgebung oder vielmehr zum Strom der Bürger am Samstag, dem 9. November, fanden sich anstelle der erhofften 150.000 eine knappe Million ein. Dieser Erfolg muss vielmehr als „politisches“ Ereignis gesehen werden, das eine Annäherung alter und neuer sozialer Bewegungen auf europäischer Ebene von historischer Bedeutung zustande brachte. In dieser Bedeutung bildet es zweifellos eine maßgebliche Plattform für Forderungen, und zwar zu einem kritischen Zeitpunkt im Aufbau Europas.

Es ist interessant festzustellen, dass die Erwartungen an ein „anderes Europas für eine andere Globalisierung“ quasi einhellig darin übereinstimmen, dass die globalisierungskritische Bewegung in Europa nicht gegen eine Europäische Union ist, sondern sich im Gegenteil mehrheitlich für Europa ausspricht. Allerdings stellt diese Bewegung die gegenwärtige Ausrichtung gerade dieser Union in Frage und betont entschieden die historische Rolle, die diese sowohl innerhalb Europas wie weltweit zu spielen hätte.

Im selben Augenblick, in dem der Konvent über die Zukunft Europas sich daran macht, ihre Arbeitsergebnisse den Mitgliedsstaaten bekannt zu geben, schälen sich intern eine ganze Reihe von Alternativen heraus, die auf breiter Basis Zustimmung finden. Insbesondere soll die Errichtung eines sozialen Europa nicht bloß ein Anhängsel der gegenwärtigen Philosophie sein, sondern sein Fundament bilden. Dies geschieht, indem öffentliche Aufgaben (Bildung, Gesundheit, Kultur usw.) von den Regeln des freien Wettbewerbs ausgenommen werden und eine europäische Richtlinie zu deren Sicherstellung für alle Bürger geschaffen wird. Dies geschieht auch durch die Verbriefung eines Rechts auf Arbeit und auf eine angemessene Rente, die Stärkung der Sozialversicherung, die Vereinbarung über ein garantiertes Mindesteinkommen auf europäischer Ebene, die Ratifizierung der europäischen Menschenrechtsvereinbarung und der Vereinbarungen der internationalen Arbeitsorganisation usw. durch die Mitgliedsstaaten. Natürlich setzt die Finanzierung eines solchen Europas eine noch progressivere Steuerreform voraus mit harmonisierten und gerecht auf Arbeits- und Kapitaleinkommen verteilten Steuern. Eine solche Entwicklung macht auch eine Demokratisierung der europäischen Institutionen unverzichtbar, deren von den nationalen Egoismen noch allzu sehr beeinträchtigte Arbeitsweise zur chronischen Lahmlegung im sozialen und steuerlichen Bereich führen.

Nach außen ist man sich darüber einig, dass die Europäische Union genau das Gegenteil einer Bastion Europa mit Neigung zum Sicherheitsdenken werden soll. Sie stellt ja die geeignetste institutionelle Triebkraft dar, um den Grundstein zu einer Globalisierung zu legen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Das setzt Streichung der Schulden und Solidarität mit der Dritten Welt voraus, stellt aber gleichzeitig die Aufgabe, Pionierarbeit bei der Lösung der entscheidenden internationalen Probleme zu leisten: die Umwelt, für die der in Kyoto mühselig eingeleitete Prozess nur ein stolpernder Anfang ist; die Kontrolle über die weltweiten Kapitalbewegungen, die quasi ständig verheerende Wirkungen haben; die Bildung eines „Abkommens nach Washington“, denn das Washingtoner Abkommen hat sich in den meisten Ländern des Südens ganz deutlich als Fehlschlag herausgestellt; selbstverständlich der Frieden, und zwar zu einem Zeitpunkt, in dem der Gedanke eines einseitigen Präventivkriegs eine immer größere Zustimmung findet.

Doch mit der Schaffung einer öffentlichen Diskussionsplattform und Alternativen auf europäischer Ebene ist es nicht getan. Viele Mitglieder dieser „Bewegung der Bewegungen“ stellen sich die Frage, warum die bisherigen Aktionen politisch so geringe Wirkungen ausgelöst haben. Nach den zahlreichen Sozialforen und Gegengipfeln weicht die Euphorie ganz allmählich einer gewissen Klarsicht: Die Aufsehen erregende Entwicklung der Bewegung veranlasst die Regierungen praktisch zu keinerlei Veränderungen, während sich gleichzeitig die Umwelt-, Börsen-, sozialen und militärischen Schäden häufen.

Angesichts dieser Lage sind auf dem Europäischen Sozialforum zwei Arten von Überlegungen vertreten worden. Die eine, offizielle, hat sich mit den Beziehungen befasst, die gegebenenfalls zwischen der Bewegung und den politischen Parteien herzustellen sind. Zur Eröffnung der Diskussion hat die Vereinigung ATTAC die Notwendigkeit von Annäherungen betont, die jedoch parallel bleiben müssen, d. h. bewusst unabhängig und pluralistisch zu halten sind. Diese „parallelen Annäherungen“ müssten schrittweise zu einer „Impfung“ der vom „neoliberalen Virus“ befallenen Regierungen führen und die Parteien dazu bringen, sich zu „europäisieren“, um wirksam auf supranationale Probleme reagieren zu können.

Die andere, eher „untereinander“ angestellte Überlegung betraf die Diskussionen um Reformismus und Radikalismus. Obwohl sie keineswegs zu einem Abschluss gelangten, sind sie dennoch nicht neu. Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sie Spaltungen in

Bewegungen ausgelöst, die sich zwar über die Ziele, nicht aber über die Mittel einig waren. Das Neue an dieser Bewegung ist jedoch, dass sie die Frage der Macht und der sozialen Wandlung in einem anderen Geist angeht, mit einem sicherlich reformistischen, gleichzeitig aber auch radikalen Ansatz. Sie denkt Veränderung in radikaler Begriffen, setzt sie aber in pragmatischer und partizipativer Weise um, in kleinen Schritten, und stützt sich auf immer zahlreicher werdende Schichten von Bürgern, die ein neues Bewusstsein über die europäischen und weltweiten Probleme beseelt. Die Rolle landesweiter oder staatenübergreifender, frei zugänglicher

Diskussionsplattformen wie die belgischen, europäischen und Weltsozialforen besteht genau darin, das Entstehen dieses neuen Bewusstseins zu fördern.

Für die globalisierungskritische Bewegung liegt im Wecken des Verantwortungsbewusstseins der europäischen Bürger deshalb eine doppelte Herausforderung: Es ist sowohl ein Zweck an sich als auch ein Mittel, um den demokratischen Aufbau einer gerechteren Globalisierung zu ermöglichen.

Kontakt für diesen Artikel: [belgium@attac.org](mailto:belgium@attac.org)

---

## Übersicht über die 6 Konferenzen zum Thema „Globalisierung und Neoliberalismus“ auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz, November 2002

### **1. Von der Europäischen Union – Motor der neoliberalen Globalisierung – zum Europa der Alternativen**

- Europa und globale Institutionen: WTO, GATS, IWF und Weltbank
- Kontrolle der Finanzmärkte und der Wirtschaft und die Freiheit der Investitionen
- Wirtschaft und Solidarität
- Haushalts- und Steuerpolitik in Europa

### **2. Wasser, Boden, Luft: Europa gegen eine nachhaltige Entwicklung.**

- Lebensqualität und Konsummodelle
- Privatisierung der globalen gemeinschaftlichen Güter und ökologische Schulden
- Die Alternativen: Das Recht auf Lebensqualität

### **3. Zentral- und Osteuropa in der Globalisierung: Alternativen zum Neoliberalismus**

- Folgen der Privatisierungen
- Der Osterweiterungsprozess
- Soziale Probleme und gemeinsame Alternativen

### **4. Europa ist keine Ware: Neue Bürgerrechte für ein neues soziales Modell**

- Krise und Veränderungen des europäischen Sozialstaates: Soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Renten
- Gegen die Privatisierungen und die Liberalisierungen: Die öffentlichen Dienste verteidigen und umgestalten.

### **5. Arbeit in Europa zwischen globaler Produktion und sozialen Fragmentierungen**

- Finanzierungsmodelle: Die Veränderungen bei der Verwaltung der Betriebe und die Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse
- Arbeit, Beschäftigung, Kämpfe um Rechte
- Auswirkungen der Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsorganisation auf Jugendliche und Frauen
- Bildung – Ausbildung - Beschäftigung

### **6. Europa und die Souveränität über die Nahrungsmittel**

- Für eine gemeinsame soziale und ökologische Agrarpolitik, die sich der Politik der WTO widersetzt.
- Die Wissenschaft im Dienst der Gesellschaft: Patente, GVO und Forschung außerhalb der Kontrolle der multinationalen Firmen, gegen die Vermarktung des Lebens.
- Konsum und Nord-Süd-Handel: ein gerechtes Modell.

# **Globale Steuern: aussichtsloser Traum, Angelegenheit von Lobbyisten oder gesellschaftliches Anliegen?**

## **Zwei alte und ein neues Argument für die Tobin-Steuer.**

Örjan Appelqvist , Mitglied von Attac Schweden

Als wir dieses Seminar bei früherer Gelegenheit veranstalteten, regte uns Bruno Jetin an, über die Nützlichkeit weltweiter Steuern im Allgemeinen und die Devisentransaktionssteuer, manchmal Tobin-Steuer genannt, im Besonderen nachzudenken. Ich finde, es ist höchste Zeit, dies zu tun, denn bisher haben wir zwei recht verschiedene Argumentationsstränge benutzt, um die Einführung einer Tobin-Steuer zu befürworten.

Auf der einen Seite haben wir begonnen mit den krassen Unterschieden hinsichtlich Lebensbedingungen und Konsum-Umfang während der gegenwärtigen Form der Globalisierung - und haben dabei die Tobin-Steuer hauptsächlich als mächtiges Mittel gesehen, die notwendigen finanziellen Ressourcen aufzubringen, die notwendig sind, um wenigstens einige der Ziele zu erreichen, die auf den UN-Gipfeln zur Armutsbekämpfung verkündet werden.

Dieser Weg wurde beschritten beim UN-Gipfel von Kopenhagen 1995 und weiter gegangen im Bericht der UN-Kommission über Global Governance unter der Leitung von Carlsson und Ramphal.

Die Grundidee bestand darin, das schwindende Interesse der OECD-Staaten an Entwicklungshilfe zu überwinden, indem man eine neue, weltweite Steuerquelle anzapfte. Es war leicht zu zeigen, dass sogar bei sehr bescheidenen Steuersätzen eine universell angewandte Devisentransaktionssteuer Einnahmen erzeugen würde, die das gesamte Aufkommen an Entwicklungshilfe übersteigen und das UNDP-Programm für die Ausrottung der Armut zu einem realistischen Vorschlag machen würden. (Man sollte wohl anmerken, dass Tobin einen anderen Verwendungszweck für die Einnahmen vorgesehen hatte: Ihm schwebte eher eine Stärkung des IWF vor und weniger die Entwicklungshilfe für Länder der "Dritten Welt".) Mit einer globalen Steuer auf Devisentransaktionen würde eine andere Welt wirklich möglich!

In Aussicht gestellt wird auch eine Neubelebung einer von Schulden erdrückten UNO, die gegenüber den bevölkerungsreichsten Ländern um ihre Legitimität kämpft; gegenüber jenen Ländern, die bei einer "Globalisierung" nicht mithalten können, die nur der Oberklasse der Welt nützt. Der UN-Gipfel in Monterrey im März dieses Jahres, "Financing for Development", sollte der krönende Abschluss dieses Unternehmens sein - statt dessen zeigte er, dass es Augenwischerei ist, auf die Großzügigkeit reicher Länder zu hoffen, um die Tobin-Steuer einzuführen. Statt das gegenwärtige System der Schuldenausbeutung durch die G77-Länder einzugestehen, stellte man vage in Aussicht, Entwicklungshilfe neu aufzulegen; statt Möglichkeiten zu erkunden, wie der von Konzernen und Banken

betriebenen Ressourcenverschwendung besteuert werden kann, legte er den Entwicklungsländern die Bürde auf: Passt eure Institutionen den Marktkräften an, und Wohlstand wird die Folge sein. In andern Worten: Öffnet die Tore den Wölfen, und sie werden euch ernähren. Die Entschließung von Monterrey wurde zwei Monate vor der Konferenz in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Das geschah in New York, symbolischerweise nur wenige Blocks entfernt von der Wall Street.

Alle Argumente für eine Tobin-Steuer als Möglichkeit, Ressourcen für den Entwicklungsbedarf zu sichern, sind weiterhin gültig, aber nach Monterrey ist es offensichtlich geworden, dass die liberale Art, an die Großzügigkeit der reichen Staaten zu appellieren, all seine Glaubwürdigkeit verloren hat. Sie steht da als schöner, aber aussichtsloser Traum.

Der andere Argumentationsstrang für die Tobin-Steuer hat sich konzentriert auf die aktuellen Fehlfunktionen der Weltwirtschaft. Wie die aktuelle Serie von Währungskrisen ausgiebig zeigt, hat die Kombination aus Hochtechnologie, hohen Handelsvolumina und dem Fehlen von Handels- oder Transaktionskosten die Devisenmärkte erraticem Verhalten ausgesetzt und hysterische Reaktionen provoziert. Die Tendenz zu hohen Fluktuationen - "Volatilität" - und übertriebenen Reaktionen - "Überschießen" - hat beigetragen zu schwerwiegenden lokalen Finanzkrisen, die weit über den Umfang des ursprünglichen Problems hinausgehen. Das trifft nicht nur für die verschiedenen asiatischen Krisen im Jahr 1997 zu, sondern auch für die schreckliche Situation, die die Bevölkerung der Türkei und Argentiniens zu diesem Zeitpunkt ertragen müssen.

Es besteht die Notwendigkeit, die Devisenmärkte in ihrem eigenen Interesse zu regulieren und damit Zentralbanken und Regierungen die Möglichkeit zu geben, den Tendenzen des globalen Finanzkasinos, internationale Handelsbeziehungen fundamental zu stören, entgegenzuwirken.

Nicht überraschend ist, dass dieses Argument bei der Bankindustrie auf Widerstand stößt - für die Einnahmen aus Devisentransaktionen zusammengenommen einen bedeutenden Teil ihres Ertrags ausmachen. Ihre theoretischen Argumente sind jedoch zu schwach, um ihre engeren Bedenken zu verschleiern: Sie sagen, dass ein niedrigerer Umsatz die Liquidität des Devisenmarktes gefährden würde. Doch wer könnte einen niedrigeren Umsatz für ein Risiko halten, wenn die Devisenmärkte den internationalen Warenhandel im Verhältnis 50:1 in den Schatten stellen? Sie sagen, eine Besteuerung würde die Marktmechanismen schwer schädigen: Wie kommt es dann, dass sie keinen Einwand hatten gegen den Zuschlag

von 0,037%, den die Wall-Street-Börse auf jede Transaktion erhebt? Ist eine Besteuerung nur dann unschädlich für die Marktmechanismen, wenn mit den Erträgen Aktienbörsen abgesichert werden?

Die Argumente der Bankindustrie und ihrer Ökonomen sind in der Tat recht schwach - und so sehen das zunehmend auch Politiker und Ökonomen innerhalb der Europäischen Union. Was wir, die Befürworter der Tobin-Steuer, schon erreicht haben, ist beträchtlich: Bei der Anhörung zur Tobin-Steuer, die von der interparlamentarischen Gruppe im EU-Parlament organisiert wurde, hat Rodney Schmid die Machbarkeit überzeugend erkundet; Bernd Spahn sprach sich in seiner Studie nachdrücklich für die Möglichkeit einer unilateralen Initiative durch EU-Länder aus; Prof. Denis Lieven wies nach, dass die juristischen Bedenken von Mitgliedern der EU-Kommission auf einer sehr bruchstückhaften Lesart der EU-Verträge beruhte. In diesem kritischen Augenblick arbeiteten die soziale Bewegung und engagierte Wissenschaftler auf eine Art zusammen, die selten beachtet wird: Dass sie es schafften, die Ecofin-Verfügung zu einem umfassenden Bericht über die Regulierung der Globalisierung zu machen, einschließlich einer Diskussion der Tobin-Steuer, ist schon für sich genommen eine Errungenschaft. Die Frage einer regulierten Globalisierung kam erst auf die Tagesordnung nach einem langen Zeitraum, in dem die neoliberalen Dogmen Deregulierung und Marktfreiheit die einzige akzeptable Glaubensrichtung waren. Dass der Bericht der Kommissionsökonominnen großenteils unschlussig war, ist nicht überraschend, wenn man die Einseitigkeit der Expertise bedenkt. Aber die Diskussion hat gerade erst begonnen: Die Tatsache, dass die neue deutsche Regierung den Bedarf einer genaueren Untersuchung der Tobin-Steuer erwähnte, zeigt, dass sie nach wie vor auf der Tagesordnung steht. Es gibt auch allgemeine wirtschaftliche Umstände, die es wahrscheinlich machen, dass führende Politiker und Zentralbanker Gründe finden werden, die Probleme der unregulierten Devisenmärkte aufzugreifen: Viele Ökonomen haben darauf hingewiesen, dass das strukturelle Ungleichgewicht in Handel und Bargeldkonten zwischen den USA, der EU und Japan ein stetig steigendes Risiko eines Runs auf den Dollar darstellt, der unvorhersagbare Folgen haben würde. Dieser andere Argumentationsstrang für eine Tobin-Steuer - dass sie gebraucht wird, um die Stabilität der Weltwirtschaft zu sichern - gewinnt langsam, aber sicher an Stärke in der Politik. Dort haben die Fürsprecher der Tobin-Steuer ein weiteres Problem: Statt als irrelevant marginalisiert zu werden, riskieren sie, in immer technischer werdende Diskussionen verstrickt zu werden. Diese Diskussionen sind notwendig, wenn wir wollen, dass die EU-Kommission und Ratsmitglieder konkrete Schritte unternehmen, aber sie reichen nicht aus. Die engagierten Ökonomen, Politiker und Aktivisten, die diese Linie verfolgen, riskieren, von einem wirtschaftlichen Establishment geschluckt zu werden, das sich die Devisentransaktionssteuer nur als eine Art Versicherung für die ökonomischen Supermächte vorstellen kann. Sie riskieren, in technischen

Diskussionen zu ertrinken, die weit entfernt sind von den sozialen Bewegungen, welche die Tobin-Steuer erst auf die offizielle Agenda gebracht haben. Und dann werden die Einzelheiten einer Tobin-Steuer nur noch eine Angelegenheit von Lobbyisten sein.

Doch es ist genau dieser fortgesetzte Dialog zwischen den sozialen Bewegungen für globale Gerechtigkeit und engagierten Wissenschaftlern, der der Forderung nach globalen Steuern Nachdruck verleiht.

Um diesem Dilemma zu entgehen, scheint es mir notwendig, einen neuen Argumentationsstrang für globale Steuern wie die Devisentransaktionssteuer zu entwickeln, ein Argument, das die tiefere Motivation des Widerstands der Neoliberalen angreift.

Sie argumentieren oft, dass Steuern - alle Steuern - im Grunde das freie Funktionieren der Marktwirtschaft verzerren, und das treffe für alle Sphären zu. Dieses Argument basiert jedoch auf zwei Mythen: dass die gegenwärtige "globalisierte Weltwirtschaft" als ein integrierter Markt funktioniert und dass es so etwas gibt wie einen unregulierten Markt.

In Wirklichkeit besteht die "Weltwirtschaft" aus separaten Märkten, von denen jeder seine Unterscheidungsmerkmale und Regulierungsmechanismen hat. Die Regeln, die den Arbeitsmarkt in den Industriestädten Thailands beherrschen, sind sehr verschieden von denen, die den internationalen Markt für kurzfristige Kredite oder den Grundstücksmarkt in Bangkok beherrschen. Die Idee eines überall wirksamen "Marktmechanismus" ist ein Mythos - im wirklichen Leben ist jeder einzelne Markt ein soziales Konstrukt.

Die Art und Weise, auf die die verschiedenen Märkte aneinander gebunden sind, ist die wichtigste Frage jeder Wirtschaft: Bewirkt sie langfristige Entwicklung und mehr soziale Gleichheit - oder umgekehrt? Die Regulierung verschiedener Märkte untereinander ist ein unausweichliches Merkmal jeder modernen Ökonomie - die Frage ist nur: welche Regulierung und zu welchem Zweck?

In der gegenwärtigen konzern- und finanzgesteuerten Globalisierung ist die Art der Regulierung ziemlich offensichtlich. Als 1997, stimuliert durch die kurzfristigen Kreditmärkte, die ungehemmte Grundstücksspekulation in Bangkok die Schallmauer durchbrach und eine Bruchlandung machte, löste sie nicht nur eine Entwertung des Baht aus; sie veränderte auch völlig die Grundlagen der aktuellen industriellen Expansion in Thailand. Viele bis dahin gesunde industrielle Investitionen wurden plötzlich unhaltbar, denn die Löhne waren an den Dollar gebunden, dessen Wert sich verdreifacht hatte. Die resultierenden Entlassungen machten etwa 2,5 Millionen Menschen in Thailand arbeitslos. An dieser Aufeinanderfolge lässt sich eine Hierarchie der Märkte erkennen: Die Freiheit der internationalen Finanzmärkte erzeugt die Schockwellen des Überschießens, die gnadenlos die schutzlosen lokalen Märkte in Thailand und anderswo überrollen.

Diese Hierarchie bei Regulierungen ist nicht nur in Krisenzeiten vorhanden. In mindestens dreierlei Hinsicht schadet das Fehlen von Hindernissen auf dem heutigen Finanzmarkt anderen Märkten:

1. Das Schwergewicht auf kurzfristige Anlagen lenkt Kapital weg von langfristigen Investitionen, die großen gesellschaftlichen Nutzen haben könnten, die aber erst nach einigen Jahren Erträge einfahren. Die Deregulierung der Kapitalbewegungen sollte das Wachstum beschleunigen, indem Kapital leichter verfügbar gemacht wurde - und doch haben wir ein Jahrzehnt mit generell höheren Zinsen und niedrigerem Wirtschaftswachstum erlebt.
2. Die Notwendigkeit, Reserven anzulegen gegen Währungsspekulationen, hat Regierungen und Zentralbanken zu Sparmaßnahmen inmitten hoher Arbeitslosigkeit veranlasst, was zu öffentlichem und privatem Konsumrückgang führte und zu weiterer Arbeitslosigkeit.
3. In jedem Land, dessen Währung als schwach angesehen wird, hat die freie Beweglichkeit des Kapitals die Behörden gezwungen, entweder die lokalen Zinsen anzuheben oder Kapital ins Land zu holen (und dabei die lokale Beschäftigung und den Lebensstandard zu schädigen), oder den IWF und andere internationale Institutionen um Gnade anzuflehen, die Kredite nur unter strengen politischen Bedingungen vergeben.

In dieser und anderer Hinsicht ist die Freiheit des internationalen Kapitals etwas, wofür andere - Menschen und Märkte - teuer bezahlen. Im ökonomischen Jargon konstituieren die internationalen Kapitalmärkte eine negative Externalität für andere Märkte. Wenn man das bedenkt, ist die Einrichtung von Regulierungsmechanismen auf den Kapitalmärkten nicht nur eine Notwendigkeit, um eine höhere Stabilität innerhalb der Weltwirtschaft zu garantieren - sie ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Denn: Warum sollten nicht die Händler auf den Kapitalmärkten den Schaden bezahlen, den sie angerichtet haben?

Angesichts dieser Tatsachen ist es offensichtlich, für welchen Zweck die Einnahmen aus einer Devisentransfersteuer genutzt werden sollten: nicht für irgend einen Versicherungsfond, der vom IWF oder der EZB dominiert wird, sondern dafür, jene zu entschädigen, die unter der konzerngesteuerten, deregulierten Globalisierung, die wir erleben, zu leiden hatten. Das bedeutet eine Rückkehr zu der Idee, die Tobin-Steuer als Mittel zur Ausrottung der weltweiten Armut und für die Schaffung angemessener Bedingungen für nachhaltige Entwicklung zu nutzen - doch diesmal nicht als Almosen von den Reichen, sondern als Frage wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit.

Würde dieser Argumentationsstrang bedeuten, dass die sozialen Bewegungen die Prinzipien der Marktwirtschaft billigen? Nein, eher das Gegenteil: Er steht für eine Kritik der vorherrschenden neoliberalen Vorstellung, was ein "Markt" eigentlich ist. Es gibt keine "Marktwirtschaft", die von einheitlichen Mechanismen gesteuert wird: jeder Markt ist ein soziales Konstrukt, das für bestimmte

Zwecke geschaffen wurde. Wie man diese Märkte verbindet, z.B. den lokalen Arbeits- und Konsummarkt mit den internationalen Finanzmärkten, muss durch die Antwort auf eine grundlegendere Frage bestimmt werden: Zu welchem Zweck? Und das ist eine gesellschaftliche und politische Frage. Die derzeitige Trennung zwischen Ökonomie und Politik muss in Frage gestellt werden; funktionierende Märkte kann es nicht geben ohne demokratische Arenas, in denen über die Zwecke der Märkte und die Verbindungen zwischen ihnen entschieden wird.

Dieses Argument widerspricht in keiner Weise den präziseren Anstrengungen, einer unilateralen EU-Initiative für Devisentransfersteuern den Weg zu ebnet, wie sie während den "Florentiner Verhandlungen" debattiert werden wird - ich finde die Arbeit von Heikki Patomäki und Denis Lieven in dieser Hinsicht extrem wertvoll. Jede politische Entscheidung der EU-Länder in dieser Angelegenheit wäre von größter Wichtigkeit und würde weiteren Fortschritten den Weg ebnet. Ich würde sogar den Vorschlag des deutschen Ökonomen Bernd Spahn unterstützen, der halb im Scherz eine Tobin-Steuer von 0% vorschlug. Dies allein würde schon die Möglichkeiten verbessern, Steueroasen zu bekämpfen und die Infrastruktur gegen künftige Währungsangriffe auszubauen.

Doch ich fürchte, dass die Erfolgsaussichten auch dieser relativ gemäßigten Vorschläge eher dünn sind, wenn wir keinen Weg finden, diese Fragen stärker in größere soziale Bewegungen hineinzutragen.

Wenn wir die Frage einer Einführung von Devisentransaktionssteuern zu einer Frage sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Marktregulierung machen, dann bin ich überzeugt, dass wir gute Chancen haben, den technischen Fallen der Tobin-Steuer-Diskussionen zu entgehen und breiteres öffentliches Interesse zu wecken.

Das würde auch die Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen in Nord und Süd stärken. Ich erinnere mich an die etwas skeptischen Blicke unserer brasilianischen Freunde, als wir im Februar in Porto Alegre über die Stabilitätsprobleme auf den Devisenmärkten sprachen. Die überwältigenden strukturellen Probleme, mit denen die Länder des Südens zu kämpfen haben, gingen ihnen offensichtlich durch den Kopf.

Indem man die Devisentransaktionssteuer ganz klar zu einer Frage sozialer Gerechtigkeit und zu einem Werkzeug für eine andere Globalisierung macht, hätte man sicher eine Sprache, die unsere Anstrengungen in viel größerem Maß vereinigen könnte.

Örjan Appelqvist  
Associate Professor, Dept of Economic History,  
University of Stockholm, Sweden.  
Kommentare auf Schwedisch oder Englisch sind  
willkommen: [orjan.appelqvist@ekohist.su.se](mailto:orjan.appelqvist@ekohist.su.se)

# Privatisierung, multinationale Konzerne und Demokratie.

Asbjørn Wahl. ATTAC Norwegen

Ansprache vor einer alternativen "Konferenz der Menschen" (ASEM4People) in Kopenhagen, von 20. bis 22. September 2002, anlässlich des Gipfels des Asien-Europa Treffens (ASEM).

Während der letzten zwei Jahrzehnte haben die Privatisierung und die öffentliche Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungen unter dem Druck starker wirtschaftlicher Interessengruppen und der neoliberalen Offensive mehr und mehr um sich gegriffen. Öffentliches Vermögen wurde in großem Stil in private Hände übertragen. Multinationale Unternehmen haben nicht nur geografisch expandiert, sie haben auch durch die Übernahme öffentlicher Dienste neue Märkte erschlossen. Der Anteil der Volkswirtschaft, der im letzten Jahrhundert den Markteinflüssen entzogen war und demokratisch kontrolliert wurde, wird immer kleiner und unbedeutender, zum Nutzen großer Konzerne.

## Privatisierung in der Europäischen Union.

Nach Angaben der OECD wurde im Jahr 1997 Vermögen im Wert von 150 Milliarden US\$ von der öffentlichen in die private Hand transferiert, ein Anstieg von 50% gegenüber dem Vorjahr. 1998 wurde ein neuer Weltrekord aufgestellt: Mit dem Ende dieses Jahres war der Anteil des privatisierten Vermögens in Europa bereits mehr als die Hälfte des weltweit privatisierten Vermögens.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (die so genannte Dublin Stiftung, eine Forschungseinrichtung des Rates der EU) macht zwei Hauptfaktoren für die zunehmende Privatisierung innerhalb der EU während der letzten 15 Jahre verantwortlich. Einerseits war es der einheitliche Markt mit seinen Direktiven zur Deregulierung, die seit 1986 erlassen werden. Daraus entstanden ein institutioneller Rahmen und das politische Ziel der Privatisierung. Andererseits bewirkte der Maastricht-Vertrag von 1992 mit seinen Konvergenzkriterien in den Mitgliedsstaaten einen starken Druck in Richtung Privatisierung. Damit sollten diese Kriterien, ein Budgetdefizit von maximal 3% des Brutto-Inlands-Produkts und Staatsschulden von maximal 60% des BIP, leichter erreicht werden.

So wurden die Marktliberalisierung und die Finanzengpässe benützt, um die Mitgliedsstaaten zu Privatisierungen zu zwingen.

Großbritannien spielte unter der Regierung Thatcher eine führende Rolle in der weltweiten neoliberalen „Revolution“. Großbritannien war führend in der Deregulierung und Privatisierung in Europa. Zuerst wurden verstaatlichte Produktionsbetriebe privatisiert, dann die Telekommunikation (1984), das öffentliche Autobussystem (1985), die Gasversorgung (1986), Wasser- und Stromversorgung (1990), die Eisenbahnen (1996) und dann die Atomkraftwerke (1997). Tony Blairs New Labour (mit der alten Politik) setzte diese Strategie

fort. Zugleich mit der Privatisierung wurden zahlreiche Gesetze und Verordnungen aufgehoben. Heute sind kaum mehr öffentliche Dienste übrig, die noch privatisiert werden könnten.

Weite Bereiche des Gesundheitswesens und viele soziale Einrichtungen wurden privatisiert. Sogar Gefängnisse wurden privatisiert. In den Gemeinden wurde mehr als die Hälfte aller niedrigen Arbeiten von privaten Gesellschaften übernommen.

## Drei Phasen, drei Schritte.

Typisch erfolgt die Privatisierung des öffentlichen Vermögens in drei Phasen und durchläuft drei Schritte. In der ersten Phase werden die verstaatlichten Produktionsbetriebe, Banken und Versicherungen privatisiert. Diese standen ja schon bisher im Wettbewerb auf den Märkten. Die Begründungen für ein Staatseigentum an diesen Branchen ließen sich nach einer politischen Wende von staatlicher Intervention zur Marktliberalisierung nicht mehr aufrecht halten.

In der zweiten Phase werden die Versorgungseinrichtungen, der Kern der Infrastruktur, privatisiert. Dazu gehören Energie-, Wasserversorgung, Telekommunikation, Post und Eisenbahn. Viele Länder der EU befinden sich derzeit in dieser Phase. Die Privatisierung dieser Bereiche führt zu hitzigeren Debatten, besonders zwischen Gewerkschaften und Regierungen, mehr als die Privatisierung der Produktionsbetriebe. Diese Politik wurde von allen Regierungen verfolgt, gleich ob rechtsgerichtet, konservativ, zentristisch oder sozialdemokratisch. Daher waren die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen immer in der Defensive.

Die dritte Phase der Privatisierung hat in Westeuropa eben erst begonnen. Betroffen davon sind Bereiche wie Gesundheitsdienste, Schulen, soziale Dienste, Pensionskassen und ähnliche. Diese letzten Reste des Wohlfahrtsstaates werden nun von privaten Interessen und Regierungen aufs Korn genommen. Bei diesem Vorgang spielt die Europäische Union eine Schlüsselrolle. Sie fordert die Harmonisierung sozialer Einrichtungen und beruflicher Qualifikationen, um den freien Zugang zu den nationalen Arbeitsmärkten zu erleichtern und die Flexibilität der Arbeitnehmer zu erhöhen. Diese Argumente werden als Begründungen für eine weitere Deregulierung und in der Folge einer Privatisierung der noch verbleibenden öffentlichen Dienste angeführt.

Parallel zu diesen drei Phasen der Privatisierung werden kommunale Dienste so weit als möglich durch öffentliche Ausschreibung an Privatunternehmen vergeben.



Die drei Schritte zur Privatisierung betreffen besonders die öffentlichen Versorgungseinrichtungen. Als erster Schritt wird der entsprechende Markt dereguliert. (Jede Privatisierung beginnt mit der Liberalisierung und Deregulierung des Markts.) In einem zweiten Schritt werden die gemeinwirtschaftlichen Betriebe in öffentlich rechtliche Kapitalgesellschaften umgewandelt. Im dritten und letzten Schritt verkauft die öffentliche Hand ihre Anteile an private Interessenten.

In den meisten Ländern kann man beobachten, dass die Regierungen versuchen, vor jedem weiteren Schritt die Gewerkschaften zu beruhigen. Sie versprechen: „Diesen Schritt müssen wir noch machen, aber dann ist Schluss“. Das trifft ganz besonders auf sozialdemokratische Regierungen zu. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass diese Versprechungen höchstens einige wenige Jahre halten.

### **Die Rolle der multinationalen Konzerne.**

Eines der auffälligsten Merkmale der Entwicklung der europäischen als auch der Weltwirtschaft ist die enorme Konzentration von Wirtschaftsmacht und Kapital in den Händen multinationaler Konzerne. Mit atemberaubender Geschwindigkeit übernehmen diese Konzerne die Kontrolle über einen ständig wachsenden Anteil der Weltwirtschaft. Durch die Welle von Mega-Fusionen, die derzeit über alle Kontinente schwappt, entstehen immer gigantischere Gesellschaften. Im Zuge der Privatisierungsbestrebungen übernehmen sie immer größere Anteile an öffentlichen Diensten in allen Ecken der Welt. Einige der am raschesten wachsenden Konzerne, viele davon europäisch, haben sich spezialisiert auf die Übernahme öffentlicher Dienste und sichern so ihr Wachstum. In den Bereichen, wo öffentliche Ausschreibungen die Märkte für global players öffnen, ist das besonders auffällig.

Als die schwedische Linjebus vor einigen Jahren eine norwegische Autobusgesellschaft und auch noch einige Beteiligungen an öffentlichen Verkehrsmitteln übernahm, als British Onyx Co. die größte norwegische Abfallbehandlungsfirma erwarb und als Danish Krüger Co. den Versuch unternahm, eine Trinkwasser-Versorgungs-Gesellschaft zu kaufen, war uns allen noch nicht klar, dass alle diese Firmen Töchter ein und desselben multinationalen Riesenkonglomerates, der französischen Vivendi sind.

Vivendi ist die größte Privatfirma Frankreichs. Einige Teile der Gesellschaft sind spezialisiert auf die Übernahme öffentlicher Dienste in vielen Branchen und in allen Teilen der Welt. Vivendi bildet Kartelle und fusioniert, um den Wettbewerb weltweit zu behindern. Vivendi ist ein riesiger Wasser- und Energieversorger mit Aktivitäten in Europa, Nord- und Südamerika, in Asien und Australien. Das Unternehmen wuchs aus dem Nichts zum größten öffentlichen Verkehrsunternehmen in Europa. Es dominiert auch den Markt für Abfallbehandlung, die Baubranche und seit neuestem auch Telekommunikation und Unterhaltungsmedien. Die Firma kontrolliert auch das größte Bildungsinstitut Frankreichs, Educinvest, mit 250 Schulen. Vivendi

beschäftigt ca. 340 000 Mitarbeiter. Die Gesellschaft wuchs ins Gigantische während der letzten 15 Jahre, –bis die aggressive Einkaufsstrategie mittels hoher Verschuldung an der letzten Börsenbaisse scheiterte.

In vielen Branchen teilen sich große Konzerne heimlich den Markt untereinander. Ein gutes Beispiel ist die Trinkwasserversorgung. Suez-Lyonnaise und Vivendi, die beiden französischen Gesellschaften dominieren den Weltmarkt. Sie stehen im Wettbewerb mit vier anderen: SAUR, Anglian Water, Thames Water/RWE und International Water (Durch Fusionen sind es heute nicht mehr neun, wie vor einigen Jahren). Dennoch arbeiten diese sechs Gesellschaften häufig zusammen, sowohl offen als auch heimlich. Wenn die Trinkwasserversorgung einer großen Stadt ausgeschrieben wird, bilden zwei oder drei dieser Gesellschaften eine gemeinsame Tochterfirma, um das ganze Trinkwassernetz zu übernehmen. Von Stadt zu Stadt werden verschiedene Allianzen gebildet. Es ist kaum vorstellbar, aber in der einen Stadt herrscht erbitterter Wettbewerb, während man in einer anderen zusammen arbeitet.

Ähnliches beobachten wir bei der Abfallsammlung und –Behandlung. Vier Konzerne beherrschen sowohl den europäischen als auch den Weltmarkt: Sita, Onyx, RWE and Rethman. Die ersten beiden sind Töchter von Suez-Lyonnaise bzw. Vivendi. Vor fünf Jahren gab es noch vier zusätzliche ernst zu nehmende globale Mitbewerber: Fabricom, FCC, WMI und BFI. Sie alle wurden von den vier Giganten geschluckt, vor allem von Sita and Onyx.

Die gleiche Entwicklung beobachten wir am Energiesektor. In Europa gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass binnen weniger Jahre nur mehr fünf oder sechs Energieversorger übrig bleiben werden. Die deutsche RWE wird sicher einer davon sein, ein anderer könnte Tractebel sein, eine Tochterfirma von Suez-Lyonnaise. Als dritte im Bunde könnte eine Gesellschaft auftreten, die derzeit in Zusammenarbeit zwischen EDF (Energie de France, dem französischen Staatsmonopolisten) und Vivendi gebildet werden soll. Das Ziel dieser Zusammenarbeit soll der Erwerb von Energiegesellschaften und Beteiligungen außerhalb Frankreichs sein.

Eine der Strategien der riesigen Multinationalen ist, die Mitbewerber zu unterbieten. Es werden Angebote abgegeben, die nicht einmal die Selbstkosten des ausgeschriebenen Dienstes decken. Damit werden die Mitbewerber abgedrängt. Die Berechnungen laufen darauf hinaus, in Zukunft eine Monopolstellung zu erwerben und dann die Preise und damit die Gewinne steigern zu können.

Das Verhalten von Onyx in Großbritannien, Mitte der 90er Jahre, illustriert dieses Phänomen. Onyx gewann eine Reihe von Kontrakten zur Abfallbeseitigung in Südengland, überall wurde ein enormes Defizit erwirtschaftet. Onyx ging allerdings dabei nicht bankrott, wie jede andere Firma in einer solchen Lage. Jedes Jahr flatterte ein Scheck von der Muttergesellschaft aus Frankreich ins Haus. (Damals war das Générale des Eaux,

heute Vivendi.) Jedermann wusste, was gespielt wurde: Onyx hat die Mitbewerber unterboten. Bald darauf kaufte Onyx einfach den stärksten britischen Mitbewerber, um den Wettbewerb noch weiter einzuschränken.

Kurz, das Ergebnis des Systems der öffentlichen Ausschreibungen ist nicht eine Stärkung des Wettbewerbs, sondern eine Stärkung der Monopole. Eine Untersuchung in Großbritannien Mitte der 90er Jahre enthüllte, mehr als 60% aller ausgeschriebenen Verträge über Abfallbehandlung wurden mit fünf Gesellschaften geschlossen. Heute sind es noch weniger. Die gleiche Untersuchung ergab ein ähnliches Verhältnis für die Hauskrankenpflege, nämlich 65%.

Seit in Schweden Anfang der 90er Jahre das öffentliche Verkehrswesen öffentlich ausgeschrieben wurde, brauchte es nur fünf bis sechs Jahre, bis von 250 bis 300 Bus-Unternehmen nur mehr drei übrig waren, die mehr als zwei Drittel des Marktes kontrollierten. Zwei dieser Gesellschaften, Swebus and Linjebus (heute Connex), wurden von multinationalen Gesellschaften übernommen.

Das sind keine Ausnahmen. Hier wird deutlich, was passiert, wenn ein öffentlicher Sektor öffentlich ausgeschrieben wird. Es geschah und geschieht immer wieder in jedem Land. Die einzigen, die das alles nicht wahrzunehmen scheinen, sind die Befürworter der Privatisierung und der öffentlichen Ausschreibung. Sie leugnen hartnäckig, dass dieser wohl dokumentierte Vorgang tatsächlich stattfindet. Schlimme Erfahrungen – es gibt deren viele – scheinen keinen Einfluss auf ihre Politik und ihre Entscheidungen zu haben.

### **Der neueste Angriff.**

Zum Schluss möchte ich die Aufmerksamkeit auf den jüngsten Angriff auf öffentliche Dienste in der EU lenken. Vor circa zwei Jahren legte die EU Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über Anforderungen des öffentlichen Dienstes und der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge für den Personenverkehr auf der Schiene, der Straße und auf Binnenschiffahrtswegen vor. Diese Verordnung fordert eine Politik der verpflichtenden öffentlichen Ausschreibung zur Vergabe öffentlicher Verkehrsdienste (Bulletin EU 7/8-2000 Verkehr (1/15) - <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/200007/p104046.htm>).

Das ist eine dramatische Wende der EU Politik, da hiermit das Subsidiaritätsprinzip verletzt wird. Danach sollten die Entscheidungen auf der möglichst niedrigen Ebene von denen getroffen werden, die direkt betroffen sind. Die lokale Demokratie ist dadurch ernsthaft bedroht. Nationale, regionale und lokale Körperschaften werden daran gehindert, alternative Systeme zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel zu entwickeln. Das wird weitere Privatisierungen nach sich ziehen und damit wird die Entscheidungsgewalt von demokratisch gewählten Amtsträgern zu den Marktkräften und den multinationalen Konzernen verschoben.

Die europäische Kommission begründet die „Notwendigkeit“ verpflichtender Ausschreibungen für

den öffentlichen Verkehr mit Argumenten, die irgendwann auf alle öffentliche Dienste angewendet werden können, die zumindest in einigen EU Staaten, dem Wettbewerb der multinationalen Konzerne geöffnet wurden. Das trifft derzeit auf fast alle öffentlichen Dienste zu. Sollte der Vorschlag der EU Kommission angenommen werden, alle öffentlichen Verkehrsdienste öffentlich auszuschreiben, ist mit dem gleichen Angriff auf andere öffentliche Dienste zu rechnen. Dienste wie Trinkwasser-, Gas-, Stromversorgung, Abfallwirtschaft, Gesundheits- und soziale Dienste, Schulen, Universitäten usw. würden in der Privatisierungsfalle enden.

Heute wird der öffentliche Verkehr von den Mitglieds-ländern und den lokalen Behörden auf unterschiedliche Art organisiert. Mit der verpflichtenden öffentlichen Ausschreibung verlieren die regionalen und lokalen Behörden das Recht, den öffentlichen Verkehr selbst zu organisieren. Sie werden Opfer der Privatisierungspolitik. Es ist kein Geheimnis, dass die EU Kommission seit langem mit Ungeduld und Irritation den ihrer Ansicht nach zu langsamen Fortschritt der Privatisierung beobachtet. Der Widerstand kommt vornehmlich von lokalen Politikern, die in einer größeren Nähe zu ihren Wählern leben und deren Abneigung gegen die Privatisierung zu spüren bekommen.

Bisher wurde die verpflichtende öffentliche Ausschreibung öffentlicher Dienste nur in Großbritannien unter der Herrschaft von Margaret Thatcher und John Major betrieben. Unter ihrer Regierung beschloss das britische Parlament die verpflichtende öffentliche Ausschreibung kommunaler Dienste, zuerst für einfache Arbeiten (*blue-collar work*), später für leitende Tätigkeiten (*white-collar work*). Sogar frühere Unterstützer der öffentlichen Ausschreibung gaben zu, dass diese Politik nicht die gewünschten Erfolge zeitigte. Nach der Wahlniederlage der Konservativen im Jahr 1966 wurde diese Politik beendet. Nun will die europäische Kommission denselben Fehler wiederholen.

Die Vorlage befindet sich derzeit im sehr komplexen Entscheidungsfindungsprozess zwischen EU Parlament und EU Kommission. In einigen Ländern gibt es massive Opposition, aber die lokalen Politiker wissen sehr wenig über den Kommissionsvorschlag. Aber selbst bei denjenigen, die informiert sind, wird die Gefahr dieser Privatisierungsfalle, die dieser Vorschlag für alle öffentlichen Dienste birgt, nicht gesehen.

### **Widerstand ist angesagt.**

Es ist sehr wichtig, Vorlagen der europäischen Kommission wie diese zu stoppen. Wir müssen daher den Widerstand dagegen organisieren, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen, lokale Politiker und Stadtverwaltungen alarmieren, damit sie Druck auf die nationalen Regierungen ausüben. Nationale Regierungen neigen dazu, keine Verantwortung für die Politik der EU zu übernehmen. Dennoch, die endgültigen Entscheidungen auf der EU Ebene werden vom Ministerrat getroffen

und der besteht aus Repräsentanten aller nationalen Regierungen. Wir müssen ihnen die Verantwortung für die neoliberale Politik klar machen, die sie verfolgen, unabhängig von der politischen Farbe ihrer Regierungen. Auf längere Sicht, müssen wir breite nationale Allianzen gegen diese Politik schmieden. In Norwegen haben wir die Kampagne für den Wohlfahrtsstaat gegründet. Sie umfasst Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors, Organisationen von Frauen, Studenten, Rentnern, Kleinbauern Wohlfahrtsempfängern usw. Noch haben wir keine breite populäre Bewegung, aber wir haben eine politische, soziale und organisatorische Infrastruktur geschaffen. Sie soll die Basis für eine breite Allianz bilden, mit der wir die Politik der Privatisierung stoppen und eine andere Welt möglich machen.

In seinem Buch, „Öffentliche Dienste oder Wohlfahrt für

die Konzerne“ schreibt der britische Experte Dexter Whitfield: „Privatisierung enteignet nicht nur die öffentliche Hand. Es handelt sich vielmehr um eine Strategie, den Wohlfahrtsstaat und die öffentlichen Dienste umzugestalten zu Gunsten der Interessen des Großkapitals.“

Gut gebrüllt! Organisieren wir den Kampf: Menschen gegen die Machtübernahme des Großkapitals über den Wohlfahrtsstaat!

Fragen und Anregungen zu diesem Artikel an:  
[asbjorn.wahl@velferdsstaten.no](mailto:asbjorn.wahl@velferdsstaten.no)

Übersetzer: Herbert Kaser, [cooditrad@attac.org](mailto:cooditrad@attac.org),  
freiwillige Übersetzer

## **Perspektiven der sozialen Aneignung: Emanzipatorische und demokratische Antworten auf Privatisierungen entwickeln**

*Christian Zeller* [zeller@giub.unibe.ch](mailto:zeller@giub.unibe.ch)

Beitrag für das Seminar 32, 33, 34 *Servizi Pubblici e privatizzazioni* Europäisches Sozialforum, 6.–10. November 2002 in Florenz

Im Zuge der Privatisierungen und Umstrukturierungen von Post, Telekom, Stromversorgung, Gesundheitsversorgung und zahlreichen kommunalen Versorgungsbetrieben entwickelt sich in der gewerkschaftlichen Linken und in Attac endlich eine Diskussion wie diese unsozialen Angriffe abgewehrt werden können. Viele, die den Privatisierungen kritisch gegenüberstehen, lassen sich allerdings weitgehend auf die Prämissen der Privatisierungspropagandisten ein. Sei es, dass sie ein betriebswirtschaftliches Effizienzverständnis übernehmen oder sei es, dass sie die Legende des öffentlichen Finanznotstandes akzeptieren und nicht ein anderes Steuersystem verlangen. Als Reaktion darauf verteidigen andere schlicht das Staatseigentum, ohne weitergehende Perspektiven zu entwickeln.

Der vorliegende Diskussionsbeitrag argumentiert demgegenüber, dass der konsequente Widerstand gegen Privatisierungen mit einer Perspektive verbunden werden muss, die die sozialen Bedürfnisse und demokratischen Ambitionen der Menschen in einer emanzipatorischen Perspektive in den Mittelpunkt rückt. Anstatt vermeintlichen Sachzwängen zu folgen, gilt es zunächst, die ökonomische Logik der Privatisierungen und die politischen Machtverhältnisse zu erkennen.

Der erste Abschnitt interpretiert Privatisierungen als fundamentale Antwort auf die Akkumulationskrise des Kapitals und benennt einige ökonomische und soziale Konsequenzen dieser Entwicklung. Der dritte Abschnitt thesenartig einige konzeptionelle Antworten auf die Privatisierungen vor. Die Hauptstoßrichtung besteht darin, der globalen Logik der Enteignung durch das Kapital die emanzipatorische Logik der sozialen Aneignung auf sehr unterschiedlichen Maßstabsebenen entgegenzustellen.

### **1. Privatisierung: fundamentale Antwort auf die Akkumulationskrise**

#### **Privatisierungen sind Bestandteil des neoliberalen Gesellschaftsumbaus**

Der Kapitalismus geriet Mitte der siebziger Jahre in eine Strukturkrise, die vor allem durch ein Absinken der Profitabilität und eine gebremste Akkumulationstätigkeit gekennzeichnet war. Die Regierungen in Europa und Nordamerika reagierten zunächst mit den bekannten keynesianischen Rezepten einer Nachfragestimulierung. Seit Ende der siebziger Jahre haben sie zunehmend erkannt, dass sie die Verwertungsbedingungen für das Kapital mit radikaleren Methoden verbessern müssen. Die konservative Regierung Thatcher hat in Großbritannien ab 1979 als erste ein umfassendes neokonservatives Programm umgesetzt. Die US-Regierung unter Reagan kombinierte die antisoziale Offensive mit einem gigantischen Rüstungsprogramm im Sinne eines Militärkeynesianismus. In den meisten Ländern Europas konnte sich eine vergleichbare Politik zunächst nur zögerlich durchsetzen. Der Aufschwung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in den USA und in Europa schwächte die Brisanz der Auseinandersetzung vorübergehend ab. Im Zuge der Krise 1991/92 startete das Bürgertum in allen kapitalistischen Ländern mit dem erpresserischen Argument der Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und im Namen der Anpassung überkommener Strukturen eine breit angelegte Offensive. Seither wurden zahlreiche soziale Errungenschaften abgeschafft und weitere werden laufend

in Frage gestellt. Die umfassenden Privatisierungswellen, die sowohl von den sozialliberal-grünen wie bürgerlichen Regierungen in Europa vorangetrieben werden, ordnen sich in einen umfassenden Kontext ein.

### **Verbilligung der Arbeit**

Die industriellen Restrukturierungen sind mit neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung und der Arbeitsorganisation verbunden. Zentrales Anliegen bleibt immer noch, den Mehrwert (der Anteil der Arbeit, der dem/der Lohnabhängigen nicht entgolten wird) zu vergrößern, die Lohnstückkosten zu senken und somit die Profitrate zu erhöhen. Mit der Verweigerung des Inflationsausgleichs und der Nichtbezahlung von Überstunden wird ein direkter Lohnabbau betrieben. Die Schaffung hochflexibler und spezialisierter Produktionsstrukturen senkt die Kosten. Parallel dazu erfolgt die Flexibilisierung der Arbeit und der Lohnverhältnisse. Aufgrund der hohen Arbeitsproduktivität sind Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer in den strategischen Branchen ein marginales Phänomen. Die angestiegene Erwerbslosigkeit und die Beschneidung der Rechte der Erwerbslosen bewirken einen zusätzlichen Lohndruck.

### **Verringerung der Sozialisierung der Gewinne**

Das Steuersystem trägt je nach Ausgestaltung zu einer sozialen Umverteilung des Reichtums bei. Direkte Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmenserträge führen zu einer gewissen Sozialisierung der Gewinne. Genau das wurde geändert. In den achtziger und neunziger Jahren wurden in zahlreichen Ländern Steuerreformen durchgeführt, die die Unternehmen begünstigten. Zu nennen sind die Abschaffung der Vermögenssteuer (durch die Kohl-Regierung) sowie die steuerlichen Begünstigungen großer Unternehmen und von Firmenzusammenschlüssen (durch die Schröder-Regierung). Die Politik bewirkte bewusst eine finanzielle Krise der öffentlichen Haushalte.

Den bürgerlichen und sozial-liberal-grünen Regierungen geht es jedoch weniger um die wirkliche Sanierung der Haushalte als um die Zurückdrängung des Staates aus der Wirtschaft. Ihre Politik entspricht einem leicht verständlichen Muster: Sobald Defizite erscheinen, verlangen sie Ausgabenreduktionen; führen diese zu einem ausgeglicheneren Haushalt, fordern sie sofort Steuerreduktionen; diese wiederum bewirken neue Defizite. Die Defizite dienen wiederum als Vorwand, erneute Ausgabenkürzungen zu fordern. Diese Politik verfolgt das Ziel, zuerst mit Steuersenkungen die teilweise Vergesellschaftung der Gewinne zu reduzieren und dann mit Sparprogrammen und Gebührenerhöhungen mehr Geld aus den Taschen der Lohnabhängigen zu ziehen. Gleichzeitig kann die Handlungsfähigkeit des Staates auf der wirtschaftlichen Ebene verringert werden. Privatisierungen dienen also nicht der Verminderung der Staatsschulden, sondern die Staatsschulden werden provoziert, um den Staat in den Bereichen Infrastruktur und Soziales zurückzudrängen.

### **Neue Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital: Privatisierungen**

Die Privatisierungen wurden in den achtziger Jahren in Europa mit Ausnahme von Großbritannien eher zaghaft realisiert, ideologisch wurden sie bereits zielstrebig vorbereitet. In den neunziger Jahren setzte dann die Zerstückelung und Privatisierung einiger zentraler Sektoren ein (Telekommunikation, Post, verschiedene kommunale Dienste, Energieversorgung). Neue Technologien (z.B. im Bereich der Telekommunikation und Internet) kamen sogleich unter die Kontrolle privater Konzerne. Jetzt läuft eine weitere Welle in den Bereichen Bahn, Gesundheitswesen, Altersversorgung, Wasserversorgung, Bildung und Arbeitsvermittlung. Das Kapital sucht sich im Rahmen von Privatisierungen im Sinne einer „inneren Kolonisierung“ neue und rentable Bereiche zu seiner Verwertung. Dies ist umso leichter zu erreichen, wenn so genannt „nicht-rentable“ Sektoren geopfert oder dem Staat überlassen werden.

Die aktuelle Phase des Kapitalismus ist eine **Ökonomie der Enteignung**. Enteignet werden öffentliches Eigentum sowie natürliche und intellektuelle Ressourcen auf allen Ebenen: das reicht von Berlins Wasserversorgung, über die regionalen Stromanbieter und die Telekommunikation in Deutschland, über die Wissensproduktion der High Tech-Universitäten im Silicon Valley bis zu den natürlichen Ressourcen der Menschen im Amazonas. Die internationalen Abkommen TRIPS (trade-related aspects of intellectual property rights) and GATS (General Agreement on Trade in Services) verleihen diesem Charakterzug eine institutionelle Form und verleihen der Enteignungsökonomie zusätzliche Dynamik. Alles, was profitabel sein kann, soll privater Aneignung zufallen. Die drei folgenden Privatisierungen respektive Privatisierungsbestrebungen in Deutschland erhellen diesen Aspekt der Enteignung öffentlichen Eigentums. Diese Beispiele offenbaren auch das weitgehende Unverständnis der Gewerkschaften und der etablierten Linken gegenüber der Tragweite der Herausforderungen.

### ***RWE und Vivendi: Bereicherung durch Wasser***

Der deutsche Energiekonzern RWE mit Hauptsitz in Essen führte in den letzten Jahren einen regelrechten Feldzug zur Aneignung von Wasserressourcen durch. Im Juni 1999 erwarb die Konzerntochter RWE Acqua gmbH zusammen mit der Compagnie Générale des Eaux (CGE) des französischen Konzerns Vivendi und der Allianz Capital Partner GmbH 49,9% der Anteile an den Berliner Wasserbetrieben. Etwas mehr als ein Jahr später, im September 2000, übernahm RWE den englischen Konzern Thames Water Plc für über 7,1 Mrd. Euro. Das in London ansässige Unternehmen betreut seither als neue Führungsgesellschaft unter dem Dach des RWE-Konzerns das nationale und das internationale Wassergeschäft. Damit entstand der weltweit drittgrößte Anbieter für Wasser- und Abwasserdienstleistungen mit London, Berlin, Budapest, New Jersey, Shanghai, Jakarta und Bangkok als wichtigsten Standorten. Nachdem die Wasserversorgung in England bereits in den achtziger

Jahren privaten Konzernen übergeben wurde vollzogen sich die Konzentrationsprozeß nun auf internationaler Ebene. Abermals ein Jahr später, im September 2001, setzte RWE zum großen Sprung über den Atlantik an und übernahm für 4,6 Milliarden USD den Konzern American Water, der in 23 US-Bundesstaaten tätig das größte Wasserunternehmen des Landes war.

Neben dem Engagement in Berlin hat sich Vivendi im Mai 2002 auch der Stadtwerke Görlitz bemächtigt. Vivendi hat einen Anteil von 74,9% an den Stadtwerken Görlitz übernommen. Damit wurden erstmals in Deutschland Anteile an einem kompletten Querverbund-Unternehmen einschließlich des öffentlichen Personennahverkehrs veräußert.

### ***Berlinwasser: Enteignung der BürgerInnen***

Die Enteignung der Berlinerinnen und Berliner von ihrer Wasserversorgung zeigt wie sich ein solcher Prozeß abspielt. Der Berliner Senat beschloß am 16. Juni 1999 den Verkauf von 49,9% Anteile an den Berliner Wasserbetrieben (BWB) an ein Konsortium aus der RWE-Tochter RWE Aqua GmbH, der Compagnie Générale des Eaux von Vivendi und der Allianz Capital Partner GmbH. Innerhalb des Konsortiums übernahmen Vivendi und RWE jeweils 45% und die Allianz 10%.

Die Regierung Berlins gab im Bündnis mit einem Teil der Wirtschaft die Marschrichtung vor: Berlin soll zu einem der zehn wichtigsten Standorte auf dem boomenden globalen Wassermarkt werden. Durch die neue Holdingstruktur der Berlinwasser mit den Anteilseignern Vivendi und RWE baute das Unternehmen nicht zuletzt auf der Grundlage ehemals öffentlichen Eigentums die Aktivitäten aus und eröffnete eine Expansionsoffensive in den neuen Wassermärkten Osteuropas und sogar in China. Berlinwasser erklärte „Unser Ziel ist es, zu einem Rundum-Dienstleister für Wasser und Abwasser in Berlin, in Deutschland und in der Welt zu werden.“ (Berlinwasser Geschäftsbericht 2000, S. 5). Diese Strategie wurde auf drei Achsen verfolgt:

- Internationale Expansion und Beteiligung an Wasser- und Entsorgungsbetrieben, denen es an „Investitionskapital und organisatorischem Know how mangelt“;
- Im Geschäftsfeld Dienstleistungen wurden unter Führung der Berlinwasser Services GmbH verschiedene Dienstleistungen in Berlin zusammengefasst. Auf dieser Basis wurden Vermarktungsgesellschaften gegründet und neue Tätigkeitsfelder z.B. in Ingenieurwesen erschlossen.
- Das neue Geschäftsfeld *Multi Utility* sollte eine integrierte Rundum-Versorgung mit Strom, Wärme, Telekommunikation und vielen anderen Dienstleistungen anbieten. Die hierzu gegründete Avid GmbH machte aber bereits ein halbes Jahr nach ihrer Gründung Ende 2001 Pleite.

Das ganze Manöver Berlinwasser endete bereits nach zwei Jahren im Desaster. Der Verkauf des verschuldeten Müllverwertungszentrums SVZ Schwarze Pumpe klappte nicht. Die US-Firma Global Energie löste den bereits

abgeschlossenen Kaufsvertrag nicht ein. Dennoch hatten die Wasserbetriebe den Kaufspreis von 210 Millionen DM als außerordentlichen Ertrag in der Bilanz 2000 verbucht. Zugleich übernahmen die Wasserbetriebe eine Bürgschaft von 315 Millionen DM für die Holdingkommunikationstochter Berlikomm, die ihrerseits bei den Banken im Jahr 2001 mit über 233 Millionen DM in der Kreide stand. Ende 2001 war klar, dass das Projekt bereits tief im Schuldenmorast steckte. Zugleich hatten sich RWE und Vivendi beim Kauf der Anteil jährliche Renditen von 7% gesichert (ursprünglich sogar 9%, die dann gerichtlich reduziert wurden). Auf der Basis des Kapitalgrundstock lancierten RWE und Vivendi unter dem Dach der Berlinwasser Holding internationale Expansionsstrategien. Im Mitte Mai 2002 sicherte der SPD-PDS Senat der Berlinwasser Holding AG eines Landesbürgschaft von 316 Millionen Euro, um das Unternehmen vor dem Konkurs zu retten. Die Bürgschaft wird dazu verwendet, Altschulden zurückzubezahlen und das internationale Geschäft voranzutreiben.

Unterdessen schlitterte auch der Konzern Vivendi in die Krise. Seine Schulden betragen rund 35 Milliarden Euro. Der Münchner Allianz-Konzern zog als erster die Konsequenzen und zog sich im Juni aus der Berlinwasser Holding zurück. Die rivalisierenden RWE und Vivendi übernahmen den Anteil zu gleichen Teilen. Damit blieb die Pattsituation der beiden Rivalen bestehen. Wirtschaftsminister Gregor Gysi (PDS) setzte sich Mitte Juni 2002 noch aktiv dafür ein, dass die Berlinwasser-Holding einen umstrittenen Auftrag in Zagreb erhält. Ende Juni erreichte die Plünderung einen vorläufigen Höhepunkt. RWE und Vivendi schlugen vor, die Berlinwasser Holding wieder auf das Kerngeschäft der Berliner Wasserbetriebe (BWB) zu konzentrieren. Das Land Berlin erwägt einen weiteren Verkauf von Anteilen. Der Kahlschlag könnte den Abbau von 1300 Arbeitsplätzen zur Folge haben. Das internationale Geschäft wollen RWE und Vivendi wahrscheinlich unter sich aufteilen oder verkaufen.

### ***Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) Hamburg***

Die Auseinandersetzung um den stadteigenen „Landesbetrieb Krankenhäuser“ in Hamburg ist noch nicht so weit gediehen. Das Privatisierungsprojekt der Landesregierung weist aber bereits Züge auf, die ein ähnliches Szenario nicht ausschließen. Der LBK ist der größte Arbeitgeber der Stadt. Hier arbeiten rund 13000 Menschen. Der LBK ist mit 1500 Auszubildenden auch der größte Ausbildungsbetrieb Hamburgs. Der LBK rühmt sich, eines der größten Gesundheitsunternehmen Europas zu sein. Der Senat hat am 5. Februar 2002 beschlossen, die Privatisierung des LBK einzuleiten. Offensichtlich wurden bereits zwei große Banken mit dem Verkauf beauftragt. Dieses Geschäft sollen den Banken nebenbei eine Provision von 80 Millionen Euro einbringen. Der LBK musste bei der Umwandlung in eine öffentlich rechtliche Anstalt durch die sozialdemokratische Regierung die Versorgungszusage auch für ehemalige Klinikbeschäftigte übernehmen. Damit wurde der LBK bewusst und gezielt in eine

„Überschuldung“ getrieben. Diese „Überschuldung“ dient nun als Vorwand, privates Kapital zu beteiligen. Zudem ist offensichtlich, dass Teile des Krankenhauswesens sehr profitabel betrieben werden. Mit der Durchführung klinischer Studien für die Pharmakonzerne sowie der Patentierung und Auslizenzierung von Forschungsergebnissen können enorme Geschäfte abgeschlossen werden. Durch die (auch nur teilweise) private Aneignung von Krankenhäusern kommen wir der Herausbildung eines medizinisch-biotechnologisch-pharmazeutischen industriellen Komplexes einen wesentlichen Schritt näher.

Auch die Gewerkschaft Ver.di verlangt, dass private Unternehmen sich am LBK beteiligen sollen, um diesen Finanzierungsnotstand zu beheben. Zynischerweise hat Ver.di eine Volksinitiative unter dem Titel „Gesundheit ist keine Ware“ lanciert. Diese Initiative verlangt, dass der LBK mehrheitlich öffentlich bleiben muss. Auf dem Unterschriftenbogen schreibt Ver.di: „Mit dem Erhalt des Mehrheitseigentums der Freien und Hansestadt wird dauerhaft gesichert, dass bei Gesundheitsversorgung die politischen Interessen der Hamburger Bevölkerung und nicht die Gewinninteressen privater Eigentümer den LBK dominieren“. Das ist entweder naiv oder eine glatte Lüge. Alle Erfahrungen zeigen, dass sich private Unternehmen über Holdingkonstruktionen (siehe Berlinwasser) und der operativen Eingliederung ganzer Geschäftszweige in ihre konzernweite Arbeitsteilung die tatsächliche Kontrolle über Unternehmen sichern können, auch wenn sie weit unter 50% der Anteile besitzen.

### „Innere Kolonisierung“ und „Rekolonisierung“

Die Ökonomien Südamerikas zeigen, dass sich die „innere Kolonisierung“ schnell wieder zu einer „Rekolonisierung von außen“ mutiert. Viele große Konzerne aus Europa und den USA haben sich in Südamerika beträchtliche Infrastrukturbereiche unter den Nagel gerissen. So hat sich die spanische Telefonica im Sinne einer „Reconquista“ weitere Teile der festen und mobilen Telekommunikationsnetze in Argentinien, Brasilien, Peru und Chile bemächtigt. Diese Reconquista erstreckt sich auch auf die natürlichen und intellektuellen Ressourcen dieser Länder.

### Privatisierungen befördern die Entstehung globaler Oligopole

Die Entwicklung im Telekommunikationsbereich zeigt es: zwar wurden auf nationaler Ebene staatliche Monopole abgeschafft. Aber bereits vollzieht sich eine zunehmende Konzentration, nun aber auf internationaler Ebene. Der Kampf ums Wasser zwischen RWE, Vivendi und anderen Konzernen spielt sich ebenfalls bereits auf globaler Ebene an. Einige wenige Global Players greifen sich gegenseitig in ihren Heimmärkten an. Ähnliches geschieht in anderen Bereichen. So agiert die Deutsche Post mittlerweile als zentrale Kraft in den internationalen Logistikmärkten. Der französische Konzern Vivendi hat sich der öffentlichen Infrastruktur in zahlreichen Städten auch außerhalb Frankreichs bemächtigt. Vivendi ist mittlerweile zentraler Teilhaber an zahlreichen Stadt- und Wasserwerken in Deutschland. Dieses Feld machen die deutschen Energiekonzerne RWE und E.ON dem französischen

Rivalen streitig. Zentrale Infrastruktureinrichtungen werden damit jeglicher öffentlichen und demokratischen, ja sogar parlamentarischen, Kontrolle entzogen.

### Privatisierungen schaffen Bürger/innen-rechte ab

Die bürgerlichen, sozialdemokratischen und grünen Parteien bedienen sich demagogisch der Parole „Abbau von Bürokratie“. Im Namen von „individuellen Freiheiten“ und des Marktes stellen sie die ohnehin bescheidene soziale Ausgleichsrolle des Staates in Frage. In diesem neoliberalen Sinne bedeutet „weniger Staat“ nichts anderes als ein Angriff auf die Erfüllung öffentlicher Bedürfnisse. Die neoliberalen Ideologen und ihre sozialliberal-grünen Nachbeter geben vor, die öffentlichen Dienste und die soziale Sicherheit seien als Waren zu betrachten, für die das Gesetz von Angebot und Nachfrage spielen solle: wer bezahlen kann, hat Anrecht auf das Beste.

Infolgedessen wollen sie die Dienstleistungen im Gesundheitswesen, im Verkehr, in der Telekommunikation und sogar im Bildungswesen im Zuge von Verwaltungsreformen und Privatisierungen in die Zwangsjacke betriebswirtschaftlicher Effizienz und Rentabilität stecken. Diese führen volkswirtschaftlich zu Verschwendung und steigern die soziale Ungleichheiten. Die Bürgerrechte an öffentlichen Diensten werden damit abgeschafft. Die Bürgerinnen und Bürger werden zu Kundinnen und Kunden, oder im Falle mangelnder Kaufkraft zu Almosenempfängern/innen.

In einer demokratischen und emanzipatorischen Perspektive setzten wir uns demgegenüber für ein Recht auf sauberes Wasser und gute Luft, eine Wohnung, auf gesunde Nahrungsmittel, auf Bildung, auf eine sinnvolle und kreative Arbeit, auf öffentlichen Transport und verschiedene kulturelle Aktivitäten ein. Niemand soll auf wohlthätige Hilfe angewiesen sein.

## 2. Konzeptionelle Antworten: Perspektiven der sozialen Aneignung

### Konsequent ist realistisch

Die Beispiele, insbesondere der Berlinwasser Holding und der geplanten Privatisierung des LBK Hamburg zeigen, dass eine konsequente Argumentation absolute Voraussetzung ist, um einen wirksamen Widerstand gegen die Enteignung öffentlicher Ressourcen aufzubauen. Die sogenannte Realpolitik der Gewerkschaftsführungen und von Betriebsräten ist äußerst unrealistisch und naiv. In manchen Fällen ist das Verhalten von einer „rette sich wer kann“ Haltung gekennzeichnet. Dabei erhoffen sich einzelne Gewerkschaftsführer und Betriebsräte entweder den eigenen Betrieb (auf Kosten anderer) zu retten oder sogar, sich selbst ein Stück des privatisierten Kuchens abzuschneiden.

Eine konsistente und konsequente Argumentation ist nicht nur redlicher, sondern längerfristig auch glaubwürdiger. Das heißt aber: der Widerstand muss sich ein eigenes

konzeptionelles Gerüst erarbeiten. Drei Achsen stehen dabei im Vordergrund. Es geht darum, eine eigene Konzeption gesellschaftlicher Bedürfnisse, der Demokratie und der **sozialen Aneignung** von Ressourcen auszuarbeiten. Auf dieser Basis ist Attac bestrebt, möglichst breite gesellschaftliche Bündnisse aufzubauen. Das heißt zugleich, dass Attac die Unabhängigkeit gegenüber den Bündnispartnern bewahrt und sich nicht vor politisch fragwürdige Manöver spannen läßt (z.B. Ver.di Volksinitiative zur Teilprivatisierung des LBK).

Die Privatisierungen sind nur ein Teil der Auseinandersetzung. Die Erwerbslosigkeit, das ganze System der sozialen Sicherheit, die internationalen Finanzmärkte sowie die Aufrüstung sind als miteinander verflochtene Probleme zu betrachten. Demzufolge kann auch eine alternative Politik nicht einzelne Teile isolieren und scheinbar pragmatisch realisierbare Lösungen anbieten. Bei allen Brennpunkten ist es erforderlich, Bündnisse, insbesondere zwischen den betroffenen Beschäftigten und BenutzerInnen, zu entwickeln.

### **Umfassende Volkspension statt private Pensionsfonds**

Die Privatisierung der Altersvorsorge stellt eine qualitativ besondere Herausforderung dar. Mit dem Schritt von der Umlagefinanzierung zur Kapitaldeckung und der Einführung privater Pensionsfonds werden Lohnabhängige systematisch gegeneinander gestellt. Der US Pensionsfonds für Lehrer in Kalifornien, der in einen europäischen Konzern investiert, interessiert sich weder für die Arbeitsbedingungen noch die Qualität der Produkte. Er will vielmehr einen maximalen Profit in einer relativ kurzen Periode erzielen.

Damit erhalten Lohnabhängige, die in einen Fonds einbezahlt haben, ein unmittelbares Interesse an der Ausbeutung anderer Lohnabhängiger, die unter Umständen im selben Land oder in einem ganz anderen Land leben.

Verschiedentlich wurde propagiert, dieses Problem ließe sich reduzieren, wenn die Lohnabhängigen Anteile des Unternehmens erwerben, in dem sie arbeiten. Abgesehen davon, dass dies höchst unsicher sein kann, wie verschiedene Erfahrungen in den USA zeigen, baut sich damit ein neuer Widerspruch auf. Die Lohnabhängigen spalten ihr Interesse in das des Aktionärs, der eine gute Rente will, und in das des Lohnabhängigen, der einen guten Lohn, gute Arbeitsbedingungen und eine sinnvolle Arbeit will. Diese Ziele schließen sich unter den Bedingungen der privaten Profitmaximierung und der Konkurrenz aber gegenseitig aus.

Die Altersvorsorge und die Krankenversicherungen sind zu modernisieren und unter öffentlicher Kontrolle zu vereinheitlichen um aus dem Dschungel von privaten Vorsorgeeinrichtungen und den damit verbundenen Abzockereien hinauszutreten. Durch eine Verbreiterung der Bemessungsbasis und eine progressive Gestaltung der Prämien kann der „Finanzierungsnotstand“ behoben werden. Das Gesundheitswesen soll auch den RentnerInnen einen würdigen Lebensabend als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft garantieren. Eine vereinheitlichte Rentenkasse um Umlageverfahren

bietet die sicherste Finanzierungsgrundlage. Angesichts der starken Mobilität der Lohnabhängigen sind die Systeme auf europäischer Ebene zu harmonisieren, so dass eine vollständige Freizügigkeit und Stellenwechsel ohne finanzielle Verluste möglich werden.

### **Sozialisierung statt Privatisierung der öffentlichen Dienste**

Die herkömmliche, rein betriebswirtschaftlich orientierte Idee der Effizienz ist grundsätzlich abzulehnen. Es ist eine Effizienz, die dazu führt, dass das ein breites öffentliches Angebot umso kleiner wird, je mehr das Angebot an Spezialdiensten zunimmt, die zwar einen hohen Qualitätsstandard aufweisen, aber nur von Leuten mit großer Kaufkraft beansprucht werden können.

Demgegenüber ist eine Effizienz zu entwickeln, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die soziale Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Die Herausforderung besteht darin, Methoden zu entwickeln, die eine demokratische Gestaltung und Planung von Infrastruktur, Dienstleistungen und Produktion ermöglichen. Die direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die NutzerInnen wird wirksamerer Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung.

Die Verwirklichung der oben erwähnten Rechte setzt entsprechende öffentliche Dienstleistungen voraus. Gratischeinrichtungen basieren auf einem Verständnis von „gleiche Rechte für alle“. Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. Selbstverständlich reicht es nicht, den Ist-Zustand zu verteidigen. Dennoch können die öffentlichen Dienste Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Gleichzeitig ist die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen, stark hierarchischen und volksfernen Apparat. Die öffentlichen Dienste weiterentwickeln heisst:

- Die Lohnabhängigen sind in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das erleichtert die Bewertung der Arbeit, weil andere Bewertungskriterien angewendet werden als diejenigen der traditionellen „Unternehmenskultur“.
- Hierarchische Strukturen sollen abgebaut werden. Denn sie haben nur den Sinn, das Personal ohne Eigenverantwortung zu kontrollieren und die bürokratischen Administrationsmechanismen zu erhalten, anstatt die Qualität der zu leistenden Dienste zu gewährleisten.
- Ein echter Dialog zwischen BenutzerInnen/ BürgerInnen- die bis jetzt nur als passive KonsumentInnen wahrgenommen worden sind - und Personal soll entwickelt werden. Dadurch können die Angebote sozial gestaltet und gleichzeitig deren Vielfalt garantiert werden.

Weit davon entfernt, die Gesellschaft verstaatlichen zu

wollen, ist vielmehr die Sozialisierung des Staates und der gesamten Wirtschaft anzustreben. Das heißt, die BürgerInnen nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. In diesem Sinne ist ein grundsätzlicher Widerstand gegen die Privatisierung der Krankenhäuser, der Altersvorsorge, der Krankenversicherungen, der öffentlichen Verkehrs und **anderer** Teile der öffentlichen Verwaltung die Voraussetzung für die Formulierung kohärenter Alternativen.

### **Das Problem der Maßstäbe**

Angesichts der internationalen Verflechtungen, der stark angestiegenen Mobilität der Lohnabhängigen in Europa und des europaweiten und globalen Agierens großer Konzerne sind Alternativen auf europäischer Ebene zu formulieren. Welche Bahnen wollen wir in Europa, welche Sozialversicherungen, welche Telekommunikation? Wer kontrolliert die internationalen Glasfasernetze für das Internet? Wie können die europäischen mit den nationalen, regionalen und lokalen Strukturen verschränkt werden? Ein Zurück zur nationalen Perspektive ist ausgeschlossen.

Je nach Sachlage, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften ist die Erstellung von Dienstleistungen und die Produktion von Gütern im öffentlichen Interesse besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren. Die Organisation der Eisenbahn mag als Beispiel dienen: der öffentliche Personennahverkehr ist in den meisten Fällen regional abzustützen und zu organisieren. Die Infrastruktur kann den Gemeinden und Städten oder einer Vereinigung derselben gehören. Die Organisation des Angebots wird von den Beschäftigten, Verbänden der NutzerInnen und gewählten politischen Instanzen angeleitet und beaufsichtigt. Im Zuge einer demokratischen Diskussion wird ermittelt, welche Bedürfnisse vorliegen, welche prioritär bedient werden und welche Ressourcen zur Leistungserstellung eingesetzt werden.

Das Beispiel zeigt auch, dass das öffentliche Eigentum in anderen Maßstäben organisiert werden kann als die unmittelbare Organisation der Angebote und Dienste. Öffentliches Eigentum muss keineswegs gleichbedeutend mit Nationalisierung sein, vielmehr sind alle Formen zwischen Munizipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer Ebene denkbar.

### **Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung**

Unseren Widerstand gegen die Privatisierungen verknüpfen wir mit einer aktiven Politik gegen die Erwerbslosigkeit. Alleine die Verwirklichung oben der genannten Schritte schafft mehr Arbeitsplätze. Mehr noch, eine neue, solidarische Konzeption der öffentlichen Dienste ist mit einer Politik zur Umverteilung der Arbeit zu verknüpfen. Voraussetzung für eine Umverteilung der Arbeit ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung: die 35-h-Woche auf dem Weg zur 32-h-Woche auf europäischer Ebene bei Erhaltung der Kaufkraft für die Mehrheit der Lohnabhängigen. Die radikale Arbeitszeitverkürzung ist das wirksamste Mittel gegen die Erwerbslosigkeit und ist angesichts der enormen Produktivitätsfortschritte

ökonomisch gerechtfertigt. Doch es geht um ein umfassenderes Problem. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar auch die Frage nach der Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Im Rahmen einer Neuorganisation der Arbeit ist schließlich die Frage aufzuwerfen, wo zusätzliche Arbeit dringend nötig ist. In vielen Bereichen unserer Gesellschaft, hauptsächlich bei der Bildung und im Sozialwesen können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit sind wir wieder bei der Frage der öffentlichen Dienste.

### **Soziale Aneignung, Demokratie und Bedürfnisse**

Die soziale Aneignung der öffentlichen Dienste und letztlich die Neugestaltung der Arbeit und die Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden wirft zugleich natürlich die Frage des Eigentums auf. Ein Schritt in die Richtung soziale Aneignung großer Konzerne könnte zum Beispiel sein, dass Unternehmen sich an Konzessionen halten müssen, die lokal, national und kontinental diskutiert werden. So könnte zum Beispiel die Pharmaindustrie der Bedingung unterworfen werden, Medikamente für eine weltweite kostenlose Grundversorgung zu produzieren. Ähnlich Verfahren sind auf europäischer und internationaler Ebene für alle großen Sektoren denkbar. Die Diskussion dieser Konzessionen erfordert die ständige Mobilisierung von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen. In diesem Rahmen können auch die Bedürfnisse ermittelt und ausgetauscht werden, respektive es kann darüber diskutiert werden, welche Ressourcen zur Befriedigung welcher Bedürfnisse prioritär bereitgestellt werden. Diese Konzessionen stellen die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel noch nicht total in Frage, aber sie können ein erster Schritt dazu und in die Richtung einer sozialisierten Ökonomie im Sinne eines Übergangs in einer sozialistischen Perspektive sein. Gewisse Sektoren wie die Rüstungsindustrie sind jedoch in sozial nützliche und ökologisch verträgliche Produktionstätigkeiten überzuführen.

Bei einer sozialen Aneignung des aufgeblähten Finanzsektors stellen sich grundlegende Herausforderungen. Viele Tätigkeiten werden sich als nutzlos erweisen andere können zusammengefasst und völlig neu organisiert werden.

Unsere Alternativen entwickeln sich dynamisch im Zusammenspiel von Bewegungen, Kämpfen und der Ausarbeitung neuer Konzepte.

### **Die Probleme der gesellschaftlichen Kontrolle und der Planung**

Auf der Grundlage von Erfahrungen aus Kämpfen, bei denen sich die Lohnabhängigen ihre eigenen Strukturen



gegeben haben, die zeitweise eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion einnahmen, wie z.B. unabhängige Koordinationen oder sogar Arbeiterräte, haben revolutionär marxistische Strömungen das Konzept der Arbeiterkontrolle entwickelt. Tatsächlich bietet dieses Konzept in einer radikalen Übergangslage zahlreiche Hinweise auf eine demokratische Organisation der Ökonomie. Dennoch ist das Konzept zu beschränkt, denn die soziale Kontrolle der Produktion und auch der Dienstleistungsproduktion kann nicht nur durch die Beschäftigten eines Unternehmens erfolgen. Jenseits der betrieblichen Interessen, die die Beschäftigten eines Unternehmens in der Regel primär verfolgen werden, sind eine ganze Reihe weiterer Erwägungen und Kompetenzen zu berücksichtigen. So sind z.B. die VerbraucherInnen und AnwohnerInnen in die Aufgaben der gesellschaftlichen Kontrolle einzubeziehen. Strategische Orientierungen eines großen Konzerns oder einer ganzen Industrie sind durch politische Instanzen zu diskutieren und bestimmen. Dabei muss insbesondere der Gefahr der Persistenz alter oder der Entstehung neuer Technokratien vorgebeugt werden. Das zentrale Problem ist zweifellos die Information. Wie kann die bestmögliche Information der beteiligten sozialen Kräfte, Organisationen und Individuen gewährleistet werden.

Damit sind beim **Problem der Planung** angelangt. Die Erfahrungen in der UdSSR haben die zentrale volkswirtschaftliche Planung grundlegend diskreditiert. Auch die dezentraleren Formen der Selbstverwaltung mit einer relativen Autonomie der Unternehmen in Jugoslawien waren kaum besser. Droht jede Form volkswirtschaftlicher Planung und Koordination jenseits des Marktes unweigerlich einen gigantischen, bürokratischen Apparat zu verursachen? Die Antwort hierauf ist nicht eindeutig, jedoch gibt es Anhaltspunkte, die uns der Kapitalismus und die Geschichte der Widerstände laufend liefern, dass es auch demokratische und ressourcensparendere Formen der Planung geben könnte.

Zumindest auf der Unternehmens- und Konzernebene zeigen uns große Konzerne durchaus Elemente einer sinnvollen Planung. Multinationale Konzerne versuchen, Zentralisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsabläufen, Mittelbeschaffungen, Ressourcenzuteilungen und Outputplanung in einem transnationalen Kontext zu vereinen. Transnationale Projektteams, die sich regelmäßig treffen, versuchen sogar Forschungs- und Innovationsprozesse auf transnationaler Ebene zu organisieren. Zugleich pervertieren die Konzerne diese Planungsprozesse und unterwerfen sie ihrem Bestreben der Profitmaximierung. Dazu gehört auch, dass der Einbezug der Beschäftigten in Planungsprozesse vor allem dazu dient, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kreativität anzueignen. Angeblich partizipative Managementkonzepte treiben letztlich die Entfremdung der Beschäftigten von ihren Produkten, Arbeitsgeräten und Verfahren auf eine ausgeklügelte Ebene. Auch dieses Beispiel zeigt, Demokratie hat sich mit dem Problem der Maßstäbe und der Vernetzung von Entscheidungsträgern über große Distanzen auseinanderzusetzen.

Planung ist zunächst politisch. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozess: ersten der

Debatte der BürgerInnen über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der ProduzentInnen, die darüber befinden, wie die großen Entschiede umzusetzen sind.

Eine ungelöste Frage ist natürlich wie sich die Erfordernisse und Logiken der zentralen (nationalen) Planung mit der Planung in kleineren oder sogar größeren Räumen und in einzelnen Industriesektoren verknüpfen und harmonisieren lassen. Die Einrichtung einer gewählten öffentlichen Instanz für Wirtschaftsregulierung könnte dazu dienen, einerseits die Bedürfnisermittlung zu leiten und andererseits die Grundzüge der Ressourcenzuteilung beschließen. Diese Versammlung für Wirtschaftsregulierung könnte beispielsweise auch die Grundzüge des oben genannten Lizenzwesens gestalten und den jeweiligen Bedingungen anpassen.

### **Vom Reformismus zur sozialliberalen Begleitung**

Die in den vorhergehenden Abschnitten vorgeschlagenen Schritte haben einen Doppelcharakter. Sie sind Reformen zugleich verfügen sie über eine inhärente Logik, die der Logik des Kapitalismus widerspricht, eine Logik der sozialen Aneignung gegenüber der Logik der Enteignung und privaten Unterwerfung. An dieser Stelle ist es jedoch angebracht, den Weg des klassischen Reformismus kurz zu bedenken. Im Sinne der sozialen Aneignung Reformen müssen erkämpft werden. Diese situieren sich jedoch einem Verständnis, dass sich von jenem der klassischen Sozialdemokratie sehr unterscheidet.

Die klassische Sozialdemokratie setzte sich für eine Überwindung des Kapitalismus über Reformen ein. Dieser klassische Reformismus stützte sich auf die Klasse der Lohnabhängigen und im Zuge einer kontinuierlichen Akkumulation von Kräften strebte er einen Übergang zu einer nachkapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaft an. Das hat nicht funktioniert.

Schließlich akzeptierte die Sozialdemokratie den Kapitalismus und versuchte mit einer strukturellen Korrektur über Staatseingriffe und tarifvertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeit und Kapital den Kapitalismus zu bändigen. In gewissen Ländern wie Frankreich und Großbritannien stützte sich diese Politik teilweise auf Nationalisierungen gewisser Industriebereiche und auf ein Instrumentarium von regulierenden Staatseingriffen zur sozialen Umverteilung.

Durch die Krise und die bescheidenen Wachstumsraten seit den siebziger Jahren, die neokonservative Offensive und die starke Zunahme internationaler Verflechtungen verengte sich der Spielraum für diese Politik. Dieser neuerliche Misserfolg bot die Grundlage für den Sozialliberalismus. Die führenden Kreise der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie sind weitgehend in die ökonomische und politische Verwaltung des Kapitalismus integriert. Ihre Treue wird mit beträchtlichen materiellen und sozialen Privilegien und Leitungspositionen entschädigt.

Es stellt sich die Frage inwiefern, das sozialdemokratische Führungspersonal sich zu einem guten Teil der historischen sozialen Basis der Sozialdemokratie entledigt hat. Sie mutierte weitgehend zu einer Variante bürgerlicher Herrschaftspolitik, vergleichbar mit jener der Democrats in den USA. So hat z.B. der Parti Socialiste in Frankreich nur einige zehntausend Mitglieder, zu einem beträchtlichen Teil Kader in öffentlichen und privatisierten Betrieben. In der Schweiz setzt sich wichtiges Führungspersonal von Swisscom, der Post und der Bahn weitgehend aus solch mutierten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten zusammen. Die heutige Sozialdemokratie – und Schröders SPD ist ein gutes Beispiel hierfür – will eine gute Verwalterin des kapitalistischen Geschäfts sein und ist gezwungen, je nach sozialem Druck, die eine oder andere soziale Leitplanke zu setzen. Die Zeit des Reformismus ist vorbei. Einerseits weil es ihn gar nicht mehr gibt, andererseits weil die Spielräume für eine reformistische Politik ohnehin so klein wurden, dass auch kleinste Reformschritte entweder als fundamentalistisch abgetan werden oder sollte dennoch etwas umgesetzt werden können, sich in der Realität in ihr Gegenteil verdrehen.

## **Reform und Revolution gemeinsam und als Ganzes denken**

Radikale Antworten sind also nicht nur konsistenter, schlüssiger und glaubwürdiger, sie sind auch realistischer. Es geht darum, Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen zu finden, die an den realen Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen, nicht ins jenseits des Sozialismus verträsten, sondern hier und jetzt und anderswo zugleich reale Alternativen bieten. Diese Alternativen sollen unser Leben verbessern. Zugleich ist aber klar, dass diese Alternativen keine punktuelle Reparatur sein können, sondern in ihrer Dynamik dazu beitragen, dieses System zu überwinden, dazu beitragen, die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung, die Logik der Konkurrenz zu überwinden. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Ressourcen, Entscheidungsgewalten.

## **Die belgische Stellungnahme zu der Beziehung zwischen dem Erziehungswesen und dem GATS**

Übersetzerin: Katharina Stadler [cooraditrad@attac.org](mailto:cooraditrad@attac.org)  
Korrektur: Michael Hesselberg

### ERKLÄRUNG VON:

HAZETTE, Pierre, Kultusminister für die Sekundarstufe und den Spezialunterricht der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens  
DUPUIS, Françoise, Ministerin für Hochschulen und wissenschaftliche Forschung der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens  
NOLLET, Jean-Marc, Minister für Kinder, Beauftragter für die Primarstufe der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens  
VANDERPOORTEN, Marlene, Kultusministerin der flämischsprachigen Gemeinschaft Belgiens  
GENTGES, Bernd, Kultusminister der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

### KÖNIGREICH BELGIEN

Brüssel, den 30. August 2002

**An Frau Viviane Reding, Europäische Kommission**

**Rue de la loi, 200 1049 BRÜSSEL**

Unser Zeichen: 2002/FD/CK/av/RE-25192

Betreff: Die belgische Stellungnahme zu der Beziehung zwischen dem Erziehungswesen und dem GATS

Sehr geehrte Frau Reding,

anlässlich des letzten, dem Erziehungswesen gewidmeten Treffens unter spanischem Vorsitz, haben Sie den

Wunsch geäußert, von den verschiedenen Mitgliedstaaten eine Stellungnahme zum Dossier „Kommerzialisierung des Bildungswesens“ zu erhalten.

Belgien hat seine Position schon bei verschiedenen Anlässen – zum letzten Mal anlässlich der Erziehungskonferenz vom 30. Mai dieses Jahres – bekräftigt und dies systematisch. Belgien lehnt klar und deutlich ab, dass die Regeln des weltweiten Marktes für das Bildungswesen gelten sollten, und zwar für alle Stufen und für alle Sektoren, die das GATS ins Auge fasst (Primar-, Sekundar-, Hochschulstufe, Erwachsenenbildung und „andere“). Denn die Gefahren einer solchen Kommerzialisierung des von der öffentlichen Hand organisierten und/oder subventionierten Bildungswesens sind unserer Meinung nach zu groß verglichen mit den Vorteilen, die sich daraus ergeben könnten.

Wir möchten in Erinnerung rufen, dass anlässlich der Ministerkonferenz in Prag (Mai 2001) die zweiunddreißig Kultusminister für das Hochschulwesen Wert darauf gelegt haben, das folgende Prinzip zu bekräftigen: „Das Hochschulwesen ist ein öffentliches Gut, das in den Zuständigkeitsbereich der Allgemeinheit fällt und dessen Entwicklung demokratisch, in Zusammenarbeit mit den Institutionen, geregelt wird.“

Die Entscheidungsprozesse, die bei der WTO gelten, sind unvereinbar mit dieser Erklärung.

Unsere Position ist in perfekter Übereinstimmung mit derjenigen, die unsere Hochschulen am 28. September 2001 einnahmen und die sie übrigens zusammen mit den Studenten am 6. März 2002 bekräftigt haben.

Zusammengefasst ist unsere Position die Folgende:

- 1) Die Regeln des Weltmarktes sind nicht adäquat für einen Sektor wie das Bildungswesen. Es gibt andere internationale Dokumente, die den Schwerpunkt auf das Recht auf Bildung – insbesondere auf den freien Zugang zu Schulen, das Prinzip der Kostenfreiheit (auch für die höhere Bildung), etc. – legen. Der Internationale Vertrag der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vom 19. Dezember 1966 ist dafür ein gutes Beispiel. Das Postulat der Kosten-freiheit ist unserer Meinung nach nicht vereinbar mit dem Postulat der kommerziellen Dienste.
- 2) Ein Zitat aus der Erklärung der Hochschul-institutionen Europas, Kanadas und der USA ist unzweideutig: „Our respective countries should not make commitments in Higher Education Services (including Adult Education and other Education Services) in the context of the GATS. Where such commitments have already been made in 1995, no further ones should be forthcoming.“ Man muss folglich vermeiden, dass sich in diesem Sektor eine Liberalisierungsdynamik einrichtet, die im Gegensatz zu der Position steht, die die in diesem Sektor tätigen Personen im Besonderen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen vertreten.
- 3) Die Zusagen an die „privately funded education“ wurden 1995 im Rahmen der Verhandlungen von Marrakesch gemacht, ohne dass die im Bildungswesen tätigen Personen tatsächlich an den Verhandlungen teilhaben konnten. Dies hat dazu geführt, dass die grundlegenden Besonderheiten des Sektors nicht beachtet wurden.

Die verschiedenen Fragen, die in Ihrem Brief stehen, bringen uns dazu, die folgenden Bemerkungen zu machen:

#### **A Aktuelle Situation:**

Belgien hat im Rahmen des Komitees 133 darauf bestanden, dass den USA gegenüber in diesem Bereich kein Antrag gestellt werde. Da die anderen Mitgliedsstaaten sich der belgischen Position nicht angeschlossen haben, hat Belgien eine Erklärung angefügt:

„In seinem Bemühen um Zusammenarbeit widersetzt sich das Königreich Belgien nicht mehr dem sich auf das Bildungswesen beziehende Gesuch. Es betont jedoch, dass es in der Offertenphase, was das Erziehungswesen betrifft, keine neuen Verpflichtungen in jeglicher Form eingehen wird.“

Finnland, Österreich und Schweden haben sich dieser Erklärung angeschlossen.

Wir dürfen also keineswegs verlangen, dass andere Staaten ihren Markt öffnen. In Anbetracht seiner Ziele kann das Bildungswesen nicht von einem kommerziell orientierten Markt verwaltet werden.

#### **B Rahmen der Verhandlungen:**

Da wir denken, dass die WTO nicht der richtige Ort ist, um über das (öffentliche oder private) Bildungswesen zu diskutieren, haben wir die verschiedenen Vorschläge, die von der WTO gemacht wurden, nicht zu kommentieren.

Und was die Nomenklatur angeht, kann man auf die heute existierenden, zuverlässigen und von den verschiedenen Berufen anerkannten Werkzeuge, wie z.B. diejenigen, die von der UNESCO erstellt wurden (ISCED-Klassifizierung beispielsweise), zurückgreifen.

#### **C Andere erwähnenswerte Fragen:**

1) In Anbetracht der Abwesenheit von Gesuchen, die unser Engagement in diesem Sektor betreffen würden, scheint es heikel, die Frage zum jetzigen Zeitpunkt zu beantworten. Man muss jedoch hervor-heben, dass das Risiko besteht, solange die Definition des „öffentlichen Dienstes“ nicht geklärt ist; wenn man davon ausgeht, dass der Bildungssektor (privat und/oder öffentlich), welchen Status er auch hat, in die Verantwortung der öffentlichen Hand fällt.

2) Wir danken der Kommission dafür, eine offene und transparente Debatte über folgende zwei Fragen zu ermöglichen:

- a) Die Definition des öffentlichen Dienstes und seine Tragweite, im Falle des Erziehungssektors;
- b) Die Möglichkeit, im Rahmen zukünftiger Verhandlungen auf 1995 eingegangene Versprechen zurückzukommen. Eine unabhängige juristische Studie, die kürzlich in Belgien in Auftrag gegeben wurde, hat die Risiken aufgezeigt, die an diese Verpflichtungen gebunden sind, insbesondere was den Schutz des öffentlichen Dienstes, der Garant ist für ein qualitativ hochwertigen, allen zugänglichen Bildungswesens, betrifft.

3) Es muss gesagt werden, dass die öffentliche Bildungspolitik Ziele des öffentlichen Dienstes anstrebt, die mit den im Rahmen des GATS geltenden Regeln unvereinbar sind. Der Augenmerk muss auf der Definition der Qualität liegen und den internationalen Abkommen, um über diese Qualität in einer entspannten Atmosphäre zusammenzuarbeiten. Dieses Vorgehen muss bevorzugt werden und muss sich an die Schritte annähern, die schon gemacht worden sind, wie z. B. die Regelung der Zusammen-arbeit mit Drittländern im Bereich der Hochschulen.

4) Das Lissabonner Abkommen, welches in seinem Bereich spezifischer ist, hat vor den allgemeinen Regeln des GATS Vorrang.

5) Das GATS scheint nicht das geeignete Mittel zu sein, um die Attraktivität unseres Erziehungswesens zu steigern, und wir ziehen es vor, die Mittel anzuwenden, die wir gemeinsam im Kreise der EU oder an anderen Orten (siehe der Bologneser Arbeitsprozess) erarbeitet haben.

6) Das Bildungswesen ist ein Ganzes und darf daher nicht zerstückelt werden. Wir wünschen europäische Zusammenarbeit und Abstimmung, die das Bildungswesen in seinen größeren Zusammenhang stellen. Die Zusammenarbeit, die sich entwickelt, beweist dies, insbesondere das Arbeitsprogramm zu Bildungs- und Ausbildungssystemen sowie die Prozesse, die daraus entstanden sind.

Wir hoffen, dass wir uns damit konstruktiv an der Debatte beteiligen können, einer Debatte, bei der es wichtig ist, in perfekter Harmonie mit allen Beteiligten (Studentenverbände, Organisatoren, Universitäts- und Hochschulverbände, Elternverbände, Lehrgewerkschaften ...) zu arbeiten.

Hochachtungsvoll

# USA auf dem Kriegspfad

Eduardo Galeano\*

Zeiten der Angst. Die Welt lebt in einem Terrorzustand und der Terror tarnt sich: Es sei das Werk Saddam Husseins, dieser seiner Feindesrolle langsam überdrüssigen Akteurs, oder das von Osama bin Laden, Angstmacher von Beruf.

Der wahre Urheber der weltweiten Panik aber heißt „Markt“. Dieser Herr hat nichts mit dem netten Platz im Stadtteil zu tun, wo man Obst und Gemüse kauft. Er ist ein allmächtiger, gesichtsloser Terror, der – Gott gleich – überall ist, und sich – Gott gleich – ewig wähnt. Seine zahlreichen Kommentatoren kündigen an: „Der Markt ist angespannt“. Und sie mahnen: „Man soll den Markt nicht stören“.

Seine gewaltige Kriminalakte macht ihn furchterregend. Seit jeher stiehlt er Nahrung, killt Arbeitsstellen, kidnappt Länder und fabriziert Kriege.

Um seine Kriege zu verkaufen, sät der Markt die Angst. Und die Angst macht sich breit. Das Fernsehen sorgt dafür, dass die New Yorker Türme jeden Tag aufs Neue einstürzen. Was blieb von der Milzbrand-Panik? Nicht nur eine offizielle Ermittlung, die wenig oder gar nichts über jene tödlichen Briefe herausfand, sondern auch eine spektakuläre Steigerung der US-Militärausgaben. Und die gewaltigen Summen, die dieses Land der Todesindustrie widmet, sind keine Peanuts: Allein die Ausgaben von eineinhalb Monaten wären ausreichend, um Not und Elend in der ganzen Welt zu beseitigen, wenn man den UNO-Zahlen glauben darf.

Sobald der Markt es anordnet, blitzt das rote Alarmlicht des Gefahrenbarometers auf, dieser Vorrichtung, die jeden Verdacht in Evidenz umwandelt. Die Präventivkriege töten aufgrund von Vermutungen, nicht von Beweisen. Jetzt ist der Irak wieder dran. Zum wiederholten Male wird dieses bestrafte Land verurteilt. Die Toten werden es schon verstehen können: Im Irak befindet sich die weltweit zweitgrößte Erdölreserve, und das ist es eben, was der Markt zurzeit braucht, um Brennstoff für die verschwenderische Konsumgesellschaft abzusichern.

“Spiegeln Spiegeln an der Wand, wer ist der Furchterregende im Land?” Die imperialen Großmächte besitzen – durch ein Naturrecht – das Monopol über Massenvernichtungswaffen. Als zur Zeit der Eroberung Amerikas der heute so genannte Weltmarkt entstand, starben viel mehr Ureinwohner durch Pocken und Grippe als durch das Schwert oder das Gewehr. Der Sieg der europäischen Invasion hatte den Bakterien und Viren viel zu verdanken. Diese zufälligen Helfer wurden Jahrhunderte später in den Händen der Großmächte zu Kriegswaffen. Eine Handvoll Staaten besitzt das Monopol über biologische Arsenalen. Die USA erlaubten Saddam Hussein vor zwei Jahrzehnten, Seuchenbomben gegen die Kurden abzuwerfen; da war er noch ein Liebling des Abendlandes und die Kurden standen schlecht in der Presse. Aber diese Waffen waren aus von einem Unternehmen aus Rockville, Maryland, bezogenen Stämmen hergestellt worden.

In militärischen Angelegenheiten, wie in allen anderen auch, predigt der Markt die Freiheit, die Kompetenz aber schätzt er kein bisschen. Das Angebot befindet sich im Namen der Weltsicherheit in den Händen Weniger. Saddam Hussein jagt große Angst ein. Die Welt zittert. Furchtbare Bedrohung: Der Irak könnte bakteriologische Waffen wieder benutzen und, noch viel schlimmer, er könnte irgendwann einmal über Atomwaffen verfügen. Die Menschheit dürfe eine solche Gefahr nicht zulassen, proklamiert der gefährliche Präsident des einzigen Staates, der Atomwaffen zur Ermordung von Zivilbevölkerungen bislang verwendete. Vernichtete etwa der Irak die Alten, Frauen und Kinder von Hiroshima und Nagasaki?

Das ist die Landschaft des neuen Jahrtausends: Menschen, die nicht wissen, ob sie morgen etwas zu essen bekommen oder obdachlos werden, oder wie sie ihr Überleben im Fall von Krankheit oder Unfall sichern sollen; Menschen, die nicht wissen, ob sie morgen ihre Arbeitsstelle noch haben, oder gezwungen werden, doppelt so viel für die Hälfte des Lohns zu arbeiten, oder ob ihre Rente von den Börsenwölfen oder den Inflationsratten nicht verschlungen wird; Bürger, die nicht wissen, ob sie morgen an der Straßenecke oder in ihrem Haus nicht ausgeraubt werden, oder ob nicht irgend ein Verzweifelter ihnen ein Messer in den Bauch sticht; Landwirte, die nicht wissen, ob sie morgen noch Land zum Anbauen besitzen werden und Fischer, die nicht wissen, ob sie noch unvergiftete Flüsse und Meere vorfinden werden; Menschen und Staaten, die nicht wissen, wie sie morgen ihre durch den Wucherzins potenzierten Schulden bezahlen sollen.

Sind diese alltäglichen Schrecken etwa das Werk von Al-Kaida?

Die Wirtschaft verübt Attentate, über die die Tageszeitungen nicht berichten: Jede Minute tötet sie 12 Kinder durch Hunger. In der terroristischen Organisation der Welt, die das Militär unter Wache hält, gibt es eine Milliarde chronische Hungernde und sechshundert Millionen Übergewichtige.

Harte Währung, zerbrechliches Leben: Ekuador und El Salvador übernahmen den Dollar als Landeswährung, aber die Bevölkerung flüchtet. Nie zuvor hatten diese Länder soviel Armut und so viele Auswanderer erlebt. Der Ausverkauf menschlicher Arbeitskraft ins Ausland verursacht Entwurzelung, Kummer und Devisen. Die gezwungenermaßen in anderen Ländern arbeitenden Ekuadorianer schickten im Jahre 2001 Geldsummen in ihre Heimat, die den Export von Bananen, Garnelen, Thunfisch, Kaffee und Kakao übertrafen.

Auch Uruguay und Argentinien vertreiben ihren jungen Nachwuchs. Die Auswanderer, selbst Enkelkinder von Einwanderern, hinterlassen zertrümmerte Familien und

schmerzliche Erinnerungen. „Doktor, man hat mir die Seele zerbrochen“: In welchem Krankenhaus wird so etwas behandelt? In Argentinien vergibt ein Fernsehquiz jeden Tag den begehrtesten Preis: eine Arbeitsstelle. Die Schlangen der Interessenten sind ellenlang. Die Sendung stellt die Kandidaten aus, das Publikum wählt den Gewinner. Eine Arbeit bekommt derjenige, der am meisten Tränen vergießt und vergießen lässt. Sony Pictures verkauft schon die erfolgreiche Formel in der ganzen Welt.

Was für eine Arbeitsstelle? Egal welche. Was für einen Lohn? Egal welchen und egal wie. Die Verzweiflung der Arbeitssuchenden und die Angst der Beschäftigten, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, nötigt sie, das Unannehmbar anzunehmen. In der ganzen Welt setzt sich das „Wal-Mart-Modell“ durch. Der Einzelhändler Nummer 1 in den USA verbietet gewerkschaftliche Tätigkeiten und erhöht ohne Bezahlung die Arbeitszeiten. Der Markt exportiert dieses lukrative Modell. Je angeschlagener der Staat ist, desto einfacher wird es, Arbeitsrechte abzuschaffen. Und desto einfacher wird es auch, andere Rechte zu opfern. Die Väter des Chaos verkaufen die Ordnung. Durch Armut und Arbeitslosigkeit vermehrt sich die Kriminalität, die wiederum Panik verbreitet, und auf diesem fruchtbaren Boden gedeiht das Schlimmste. Die argentinischen Militärs, denen das Verbrechen nur zu gut bekannt ist, werden aufgefordert, das Verbrechen zu

bekämpfen: Sie sollen uns vor der Kriminalität retten, kreischt Carlos Menem, ein Funktionär des Marktes, der die Kriminalität nur zu gut kennt, weil er sie wie kein anderer praktizierte, als er Präsident war.

Niedrigste Kosten, höchste Gewinne, Null Kontrolle: Ein Erdöltanker bricht auseinander und die tödliche schwarze Flut verseucht die Küsten Galiziens und weiterer Gebiete. Das lukrativste Geschäft der Welt erzeugt Reichtümer und „Natur-Katastrophen. Die giftigen Gase, die das Erdöl in die Atmosphäre abgibt, sind die Hauptursache für das Ozonloch, das bereits die Größe der USA erreicht hat, und für die Klimakapriolen. In Äthiopien und anderen afrikanischen Ländern erleiden Millionen Menschen durch die Dürre die schlimmste Hungersnot der letzten zwanzig Jahren, während Deutschland und andere europäische Länder gerade von Überschwemmungen heimgesucht werden, die die schwerste Katastrophe des letzten Halbjahrhunderts darstellen. Davon abgesehen, erzeugt das Erdöl auch Kriege. Armer Irak.

\*Uruguayer Schriftsteller

In: „Brecha. Uruguay, Dezember 2002

Übersetzerinnen :  
Suzie BARTSCH  
Helga HEIDRICH

## Die vergessenen Gesichter des Krieges

### Robert Jasmin, Präsident von ATTAC-Québec

(Leider in der Kürze der Zeit nur Auszüge aus einer Rede, in Grain de Sable Nr.395 vom 3.1.2003 veröffentlicht, Übersetzung:M.D.Vernhes)

Wünschen, dass der Krieg nicht stattfindet, geht von der Vorstellung aus, dass wir im Frieden leben würden. Dieser befürchtete Krieg, der Krieg der Bomber, der Raketen, der mehr oder weniger terrestrischen Panzer ist nur die Zuspitzung eines sehr realen und allgegenwärtigen Krieges, ein Krieg, den die Reichen tagtäglich gegen die Armen dieser Welt führen, das heißt gegen die Mehrheit der Menschheit. (...)

Es ist eine Kriegshandlung, wenn die Finanzspekulanten eine Währung stürzen lassen und bei den Mittellosen eine Verarmung auslösen, die ihnen Krankheit und Tod bringt. Es ist eine Kriegshandlung, wenn der IWF und die Weltbank den armen Ländern höllische und tödliche Bedingungen für Investitionen auferlegen, ähnlich den Mafiabossen, die Angebote machen, die man nicht ablehnen kann. (...)

Es ist eine Kriegshandlung und es gibt Blut auf den Finanztransaktionen, wenn einige unserer Mitbürger ihre immensen Reichtümer in das warme Bett der Steuerparadiese legen, wo auch große Kriminelle ruhen. (...)

Was soll man von diesen Juristen halten, die über die Vorteile des Rechts auf intellektuelles Eigentum faseln, wenn es in bestimmten Fällen darum geht, das Patent auf Medikamente zu behalten, die gemäß dem heiligen Gesetz des Marktes für Millionen von Menschen unzugänglich bleiben? Man beruft sich auf das Recht auf Eigentum, in Wirklichkeit geht es um das Recht, zu töten. Denn sterben lassen heißt töten. (...)

Der Kampf um den Frieden darf nicht auf den dringlichen Kampf gegen die Falken der Bush-Administration begrenzt bleiben. Selbstverständlich werden wir am 18. Januar wie Tausende von friedensbewegten Menschen auf die Straße gehen, um Druck auf das berüchtigte Tandem Blair-Bush auszuüben. Aber wir müssen begreifen, dass dies nur ein Schritt auf dem Weg zum Frieden sein wird; dass jeder wahre Pazifist sich nicht darauf begrenzen kann, gegen diesen besonders offenkundigen und brutalen Krieg zu kämpfen und dabei den anderen Krieg vergessen, der tagtäglich tausende von Menschen tötet und den die Reichen gegen die Armen führen.

# **Erklärung von Kairo: GEGEN DIE HEGEMONIE DER USA – KEIN KRIEG GEGEN IRAK – IN SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA**

Dezember 2002

Das von der Ägyptischen Volkskampagne gegen die US-Aggression organisierte internationale Treffen am 18. und 19. Dezember 2002 in Kairo fand statt, um eine Internationale Kampagne einzuleiten.

Wir, die Teilnehmer, bekräftigen unsere Solidarität mit den Völkern von Irak und Palästina und stellen fest, dass die Aggression gegen diese Völker Teil des US-Projekts zur globalen Kontrolle und Unterwerfung ist. Die Solidarität mit dem Irak und Palästina ist daher integraler Bestandteil des internationalistischen Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung. Das Treffen von Kairo war kein einmaliges Ereignis, sondern Teil des anhaltenden internationalen Kampfes gegen den Imperialismus, von Seattle und Genua über Lissabon und Florenz bis nach Cordoba und Kairo.

Die völkermörderischen Verbrechen zionistischer Täter gegen das palästinensische Volk werden von den USA uneingeschränkt unterstützt und sogar gerechtfertigt. Die Leiden der Menschen im Irak, die seit über zehn Jahren durch das Regime der völkermörderischen Sanktionen verursacht werden, und der aggressive Militarismus, dem sie heute ausgesetzt sind, ergeben sich aus der Logik der Strukturen des in der heutigen Weltordnung bestehenden Ungleichgewichts der Macht:

- Die USA verfügen im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung über ein politisches, wirtschaftliches und militärisches Machtmonopol zu Lasten der Lebensbedingungen der Mehrheit der Weltbevölkerung
- Die USA setzen im Interesse der Herrschenden des eigenen Landes ihre Kontrolle mittels offener Aggression und militaristischer Globalisierung durch, wobei sie sogar die für den klassischen Kolonialismus typische Form der direkten Besetzung wieder zur Anwendung bringen.
- Die Globalstrategie der USA, die vor dem 11. September 2001 formuliert wurde, verfolgt das Ziel, die bestehende unipolare Weltordnung beizubehalten und das Aufkommen von Kräften zu verhindern, welche die Machtverhältnisse zugunsten von Multipolarität verschieben würden. Die US-Regierung benutzte die tragischen Ereignisse des 11. September, um die bereits bestehende Strategie unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus durchzusetzen.

Die Beachtung dieser globalen Zusammenhänge erleichtert das Verständnis der aktuellen Weltentwicklung:

Erstens: Kapitalistische Globalisierung und Hegemonie der US

A- Durchsetzung des Vorrangs der Interessen monopolkapitalistischer Kreise gegenüber den Interessen der Menschen, auch der Menschen in Europa und USA

- Eingliederung der Volkswirtschaften verschiedener Länder in ein einziges globales kapitalistisches Wirtschaftssystem unter Bedingungen, welche die soziale Entwicklung untergraben und schädliche Auswirkungen auf die Lage der Frauen, die Gesundheit von Kindern, das Erziehungswesen und soziale Dienstleistungen für ältere Menschen haben, wobei außerdem Arbeitslosigkeit und Armut weiter zunehmen.
- Verallgemeinerung der Kultur des Konsumentenverhaltens und des Individualismus zu Lasten von Gemeinsinn und sozialer Verantwortung, sei es gegenüber den Tausenden von Kindern und Kleinkindern, die im Irak sterben infolge von verschmutztem Wasser, Unterernährung und Ausbleiben von medizinischen Lieferungen, sei es gegenüber den Opfern von Aids, Unterernährung und Hungersnot weltweit. Für Millionen von Menschen haben sich die Lebensbedingungen verschlechtert, wobei Arbeitslosigkeit und Armut immer weiter um sich gegriffen haben. Die Globalisierung hat zur Marginalisierung ganzer Völker geführt, die sich die zum Erhalt des Lebens erforderliche Grundversorgung nicht länger beschaffen könnten.

Zweitens: Das Fehlen von Demokratie und die weitverbreitete Korruption und Unterdrückung, die das Streben der arabischen Völker nach wirtschaftlichem, sozialen und geistigen Fortschritt stark behindern, werden in ihren schädlichen Auswirkungen im Rahmen der bestehenden Weltordnung der neoliberalen Globalisierung noch verschärft.

- Das Eingeständnis von Beschränkungen der demokratischen Entwicklung im Irak stellt in keiner Weise eine Billigung der Versuche der USA dar, die Fortsetzung der Sanktionen und die laufenden Kriegsvorbereitungen zu rechtfertigen. Ohne Außerachtlassung der Beschränkungen der demokratischen Entwicklung, die in der irakischen Gesellschaft seit langem wie übrigens in allen arabischen Gesellschaften bestehenden, ist festzustellen, dass die von den USA verhängten Sanktionen eine verheerende Wirkung auf die Entwicklung des Irak gehabt haben. Während sich der Irak früher, gemessen an Indikatoren der Entwicklung der allgemeinen Lebensverhältnisse, eines relativ positiven Profils erfreute, hat seine Bevölkerung nun unter dem Sanktionsregime schwer zu leiden. Irak erlebte einen erheblichen Anstieg der Kindersterblichkeit und der Verbreitung verschiedener Krankheiten, eine Einschränkung der

Bildungsmöglichkeiten sowie eine drastische Verschlechterung des Lebensstandards. Das menschliche Leiden nimmt zu und schafft eine Atmosphäre des Defätismus.

- Das palästinensische Volk leidet unter dem Verlust seines Landes und fortgesetzter zionistischer Aggression, die von den USA militärisch, wirtschaftlich und politisch unterstützt wird, wodurch die palästinensische Verwaltung praktisch zum Komplizen der Verbrechen gegen das eigene Volk gemacht wird. Die USA nehmen Israel gegen Verurteilungen in internationalen Gremien unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus in Schutz und bestehen darüber hinaus auf falschen Behauptungen, wenn sie den legitimen Kampf des palästinensischen Volkes gegen die Besatzung und für die Befreiung des Landes und die Rückkehr in die Heimat auf der einen Seite mit dem von uns allen verabscheuten Terrorismus auf der anderen Seite gleichsetzen.

- Die Politik der strukturellen Anpassung in Verbindung mit der neoliberalen Globalisierung hat eine globale Krise heraufbeschworen, die in einem größer werdenden Wohlstandsgefälle, in der Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit und in einer allgemeinen Verschlechterung der Lebensverhältnisse zum Ausdruck kommt.

- Die Militärpräsenz der USA in der arabischen Region und ihre den Regierungen der souveränen Nationen der Region aufgezwungenen Diktate haben die Leiden der arabischen Völker erschwert. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Nationen gehen heute bis zu Forderungen nach Bildungsreformen und dem Bestehen auf „Demokratie“. Und dies ironischer Weise zu einer Zeit, da in den USA die bürgerlichen Freiheiten abgebaut werden, insbesondere für arabische oder muslimische US-Bürger. Die US-Administration verstößt mit ihrer unmenschlichen Behandlung von Kriegsgefangenen in Guantanamo auch gegen internationales Recht. Ferner ist in den USA ein Wohlstandsgefälle festzustellen, das größer als in allen übrigen Industrienationen ist.

- In aller Offenheit verfolgen die USA ihre Absicht, arabische Länder in kleinere Einheiten auf ethnischer oder religiöser Basis aufzuteilen. Dies würde Israel ermöglichen, im Rahmen des Mittelost-Projektes die beherrschende regionale Macht zu werden zum Schaden eines arabischen Projekts gerechter Entwicklung und regionaler Einheit.

Das Leiden des arabischen Volkes und die hartnäckige US-amerikanische Unterstützung des dem palästinensischen Volk aufgezwungenen Apartheid-Systems verschärfen zweifellos das Konfliktpotential und führen zu einer Eskalation der Gewalt in einer der empfindlichsten Regionen der Welt. Ein derartiges Gefahrenpotential kann leicht auf die Nachbarregionen Europa, Asien und Afrika übergreifen. Die anhaltende Vorbereitung eines Krieges gegen den Irak, trotz irakischer Annahme der UN-Resolution zur Durchführung aggressiver Inspektionen seiner Bewaffnung und seiner zivilen Industrie, signalisiert die vorgefasste Absicht, die arabische Region, ihre Ölvorkommen und tatsächlich die gesamte Weltölversorgung zu kontrollieren

Drittens: Aus all diesen Gründen erklären wir unsere totale Opposition gegen den Krieg gegen Irak sowie unsere Entschlossenheit, den Kampf gegen die Politik der Weltherrschaft der USA fortzusetzen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Mobilisierung gegen diese Politik dringend geboten ist. Alle demokratischen Kräfte der Welt, die für echten Frieden und Gerechtigkeit eintreten, müssen im Rahmen einer internationalen Kampagne gegen die neoliberale, US-gesteuerte Globalisierung zusammen gehen und sich für eine ganz andere Art von Globalismus auf der Grundlage von gleichem Recht und Gerechtigkeit einsetzen. Dies hieße auch bessere Nutzung der Ressourcen der Welt und Schutz der Umwelt. Zusammen sind die Völker der Welt durchaus fähig, gegen Aggression und alle Formen der Ungerechtigkeit, des Vorurteils und des Rassismus zu kämpfen und eine bessere Welt möglich zu machen.

Mit der Kairo-Konferenz gegen den Krieg gegen Irak und für die Solidarität mit Palästina soll eine internationale Volksbewegung eingeleitet werden, welche Mechanismen schafft, um der Politik der Aggression wirksam entgegen zu treten. Die Beteiligung von internationalen Aktivisten, die wegen ihres Kampfes für Menschenwürde, Recht und Gerechtigkeit eine prominente Rolle spielen, sowie von Intellektuellen, Schriftstellern, Gewerkschaftern, Menschenrechtsarbeitern, Journalisten und Künstlern – aus Ägypten und der übrigen arabischen Welt wie aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Europa und den Vereinigten Staaten – wird diesem noblen Unternehmen zweifellos zu einer rascheren Entwicklung verhelfen, trotz der zahllosen Hindernisse, die wir zu bewältigen haben.

Viertens: Es ist wichtig, dass die internationale Volksinitiative der Solidarität mit Irak und Palästina nach einem Aktionsplan mit klar definierten Prioritäten vorgeht:

1. Verurteilung der US-Militärpräsenz auf arabischem Boden und Druck auf arabische Regierungen, die US-Militärbasen auf ihrem Territorium dulden, diese zu schließen und keinerlei Möglichkeiten für Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Verfügung zu stellen.
2. Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Volksorganisationen des Südens, um die Solidarität im Widerstand gegen die Politik und die Praktiken der neoliberalen Globalisierung und der US-Hegemonie zu stärken.
3. Zusammenarbeit mit der internationalen Anti-Globalisierungsbewegung im Norden und Süden, und Teilnahme an Aktivitäten und Treffen dieser Bewegung.
4. Förderung der Einheit der demokratischen Kräfte und Volksorganisationen in verschiedenen Teilen der Welt sowie Bildung von Solidaritätskomitees, welche sich dem Krieg gegen den Irak und den völkermörderischen

Verbrechen gegen die Palästinenser widersetzen und ihr Recht auf Widerstand und ihren Befreiungskampf unterstützen

5. Unter dem Banner „Zusammen gegen Globalisierung und US-Hegemonie“: Aufnahme der Themen Irak und Palästina in die Agenda fortschrittlicher internationaler Treffen, insbesondere des nächsten Sozialforums in Porto Allegre.

6. Aufforderung arabischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen, die humanitären Bedingungen im Irak zu untersuchen und ihre Ermittlungen weltweit zu verbreiten.

7. Entsendung menschlicher Schutzschilde in den Irak

8. Einführung von Boykottmaßnahmen gegen US-amerikanische und israelische Waren im Rahmen von Solidaritätskampagnen zur Unterstützung von Irak und Palästina unter Betonung des Rückkehrrechts der Palästinenser.

9. Wahl einer Steuerungsgruppe, die die Umsetzung der Erklärung von Kairo verfolgt, die Koordination der ihre Prinzipien anerkennenden Organisationen übernimmt und zur Vorbereitung von Plakataktionen, Protestkundgebungen und Demonstrationen in Solidarität mit Irak und Palästina beiträgt.

Übersetzung: Klaus von Raussendorff  
([www.iacenter.org](http://www.iacenter.org))

An dieser Konferenz nahmen mehrere Persönlichkeiten teil: Ahmed Ben Bella, erster Präsident Algeriens 1962; Saad K. Hammoundy, Irak-Botschafter bei der Arabischen Liga; Ramsey Clark; Dennis Halliday, Generalsekretär des UN-Programms Nahrung gegen Öl; Hans von Sponeck; George Galloway, Labour-Abgeordneter in Großbritannien. Ebenfalls anwesend waren 400 Vertreter von Organisationen, u.a. John Rees der Koalition "Stop the War" in Großbritannien, Christof Aigiton von Attac Frankreich, Delegationen aus Cuba, Kanada, Russland, Deutschland, Italien und aus arabischen Ländern.

## **München rüstet sich zur Internationalen Sicherheitskonferenz**

### ***Münchner Friedensbündnis:***

***Anlässlich der sogenannten NATO-Sicherheitskonferenz rufen wir auf zur Teilnahme an***

- ***der Internationalen öffentlichen Friedenskonferenz vom 7. - 9.2.2003,***
- ***der Kundgebung am 7.2.2003***
- ***und der internationalen Demonstration am 8.2.2003 in München(...)***

*Angesichts der großen Bedrohung des Weltfriedens einigten sich attac-München, das Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz und das Münchner Friedensbündnis auf den folgenden Aufruf:*

### ***Internationale Solidarität gegen weltweite Ausbeutung und Unterdrückung No justice - No peace***

*Wir rufen auf zur Internationalen Großdemonstration gegen die sogenannte NATO-Sicherheitskonferenz im Februar 2003 in München. Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Wir kritisieren aus unterschiedlichen Positionen weltweite Ungerechtigkeit und staatliche Gewaltpolitik. Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind Teil der weltweiten Widerstandsbewegung, die sich seit Seattle über Genua, Porto Alegre und Barcelona entwickelt hat, und wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. Wir erklären den Kriegsstrategen: Ihr seid hier und anderswo unerwünscht.*

- *Wir rufen auf zum Protest gegen die NATO-Kriegskonferenz.*
- *Unsere Proteste werden stattfinden gemeinsam, entschlossen und kreativ.*
- *Wir lassen uns das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nehmen oder durch Verbote einschränken.*

***Kommt nach München!  
Stoppt den globalen Krieg der NATOStaaten!  
Nein zum Krieg gegen den Irak!  
Eine andere Welt ist möglich!  
Die Sicherheitskomferenz***



Alljährlich treffen sich Militärstrategen, Politiker und Vertreter der Rüstungsindustrie in geschlossener Runde in München zur sogenannten "Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik", oft auch "NATO-Sicherheitskonferenz" genannt. Sicherheit und Konfliktlösung werden dort vorrangig aus dem Blickwinkel der Mächtigen und ihrer Militärs betrachtet. Dieses Treffen ist ein wichtiges Forum der USA und der NATO, die neuesten Militärplanungen politisch durchzusetzen. Unverblümt wird versucht, die Völker der Welt auf eine Kette von "Kriegen gegen den Terror" und gegen sogenannte Schurkenstaaten einzuschwören. Wir trauen dieser "Sicherheit" der Militärs nicht!

Die Friedensbewegung, Globalisierungskritiker und andere demokratische Basisbewegungen protestieren gegen diese Kriegsvorbereitung, die unsägliches Leid für viele Völker als Folge hat. Wir treten ein für eine zivile Sicherheitspolitik. Dazu gehören die Einhaltung der Menschenrechte, ein entschlossener Umbau der zutiefst ungerechten Weltwirtschaftsordnung, eine nachhaltige Umweltpolitik, die friedliche Lösung bestehender Konflikte, sowie ein verstärkter Ausbau des Zivilen Friedensdienstes. Mehr als 800 Millionen Menschen hungern, leiden unter Ausbeutung und Unterdrückung, sind Opfer von Krieg und Vertreibung. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird täglich größer durch das gnadenlose Streben nach Rendite. Die neoliberale Globalisierung zerstört grundlegende soziale, ökonomische und kulturelle Werte auf allen Kontinenten. Sie verursacht und verschärft Konflikte und Not. Kriege verschlimmern diese Probleme!

Kriege wie der angebliche Anti-Terror-Feldzug können - wenn überhaupt - nur vorübergehend einige Gegner an Aktionen hindern oder sie töten. Das Elend und die Verzweiflung ganzer Völker werden damit aber nur verschärft, neu ausbrechende Gewalttaten sind die logische Folge. Die Verfolgung der Straftaten muss unter Beachtung der Menschenrechte mit polizeilichen Mitteln und durch ein dafür legitimiertes internationales Strafgericht erfolgen. Krieg aber zerstört die Rechtssicherheit ganzer Völker und deren Lebensgrundlagen. Er fordert tausendfach unschuldige Opfer und erzeugt zusätzlichen Hass. Gegen den internationalen Terrorismus muss vor allem mit der Bekämpfung seiner Ursachen vorgegangen werden. Wir wollen uns dieser zerstörerischen Entwicklung entgegenstellen und rufen deshalb auf zur Teilnahme an der Internationalen öffentlichen Friedenskonferenz.

Dort wollen wir friedenspolitische Konzepte und reale Alternativen zur Gewaltpolitik der Mächtigen vorstellen und deutlich machen, dass Krieg kein Problem zu lösen vermag. Die Kundgebung am Freitag richtet sich gegen den Empfang der Militärvertreter durch die Stadt München.

Mit der gemeinsamen Demonstration am Samstag wollen wir unserem Protest gegen jede Gewaltpolitik in der Öffentlichkeit Nachdruck verleihen.

#### **Was war im Februar 2002?**

Im Februar 2002 gab es im Vorfeld der Proteste gegen die "Sicherheitskonferenz" eine hemmungslose Diffamierung der Veranstalter der Demonstration mit einem totalen Demonstrationsverbot. Die Demonstrationen fanden dann trotzdem unübersehbar und auf beeindruckende Weise statt. Alle Hetzkampagnen wurden widerlegt, der friedliche Protest gegen die Kriegspolitik fand trotz aller Behinderungen statt. Das allgemeine Demonstrationsverbot, die haltlosen Verdächtigungen durch Politiker und die Polizei, die willkürlichen Massenverhaftungen, die Blockade des Gewerkschaftshauses, das brutale Vorgehen von Polizeieinheiten - all dies bleibt bis heute ein Skandal. Nicht wegen der Polizeistrategie, sondern trotz ihr blieb es von Seiten der DemonstrantInnen friedlich und gewaltfrei. Wir berufen uns auf eine lange Tradition friedlicher Demonstrationen in München. Wir wollen die Kreisläufe der Gewalt überwinden.

#### **Unterstützer:**

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung; Initiative Kirche von unten; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; Munich American Peace Committee; Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung; Münchner Friedensforum; Mütter gegen Atomkraft München e.V.; Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München; Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg; Pax Christi München; Schwabinger Friedensinitiative; Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten

#### **Auskunft zur Friedenskonferenz bei**

Thomas Rödl c/o DFG-VK Bayern, Tel. 089/89623446,  
mail: muenchen@dfg-vk.de  
Spendenkonto: Friedensbüros München e.V.  
Nr. 41039-801, Stichwort "Friedenskonferenz"  
Postbank München BLZ 70010080

#### **Protestveranstaltungen:**

Fr. 7.2.: Kundgebung 17 Uhr Marienplatz  
Sa. 8.2.: Internationale Kundgebung und Demonstration  
(12.00 Uhr Auftakt am Marienplatz)

#### **Unterstützungserklärungen und Infos:**

Münchner Friedensbüro (Adr. s. u.) Tel./Fax  
089/2715917, Mail: [friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de](mailto:friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de)

## **Das andere Davos: "VOM KASINO- ZUM KASERNENKAPITALISMUS"**

### **Internationale Konferenz, Workshops und Debatten**

**Donnerstag, den 23. Januar 2003 im Volkshaus Zürich (Stauffacherstrasse 60)**

Nach dem letztjährigen Abstecher des World Economic Forum (WEF) nach New York, im Zeichen der "Solidarität" der Global Leaders mit dem von George W. Bush losgetretenen "Krieg gegen den Terrorismus", kehrt das WEF 2003 erneut nach Davos zurück. Diese Rückkehr findet in einem Kontext statt, welcher noch stärker als letztes Jahr von einer tiefen wirtschaftlichen Krise, Firmenzusammenbrüchen, Bilanzfälschungen und Massenentlassungen sowie der Zuspitzung kriegerischer Auseinandersetzungen geprägt ist.

Dieser Übergang vom "Kasinokapitalismus" der 90er Jahre, als wenige Finanzakteure sich auf Kosten der grossen Mehrheit der Weltbevölkerung bereicherten, zum "Kasernenkapitalismus" des neuen Jahrtausends, in dem zur Sicherung der globalen Handlungsfreiheit der Grossinvestoren und der transnationalen Konzerne nun vermehrt auf militärische Mittel zurückgegriffen wird, stellt die globalisierungskritische Bewegung vor neue Herausforderungen.

Als Teil der Mobilisierung gegen das WEF und der wachsenden Antikriegsbewegung, will das Andere Davos mit dem gewählten Schwerpunkt auf den Alternativen zum "Kasernenkapitalismus" ein klares Signal gegen den Krieg aussenden. Indem AktivistInnen aus den Kriegsregionen zu Wort kommen, soll deutlich gemacht werden, dass wir den "von oben" angeordneten "Dialogangeboten" mit den Global Leaders in Davos eine Auseinandersetzung "von unten" entgegensetzen, die sich auf die Erfahrungen und Forderungen sozialer Bewegungen stützt.

Als Partnerveranstaltung des Weltsozialforums (WSF), das vom 19. bis 28. Januar 2003 in Porto Alegre (Brasilien) stattfinden wird, will das Andere Davos überdies die am WSF diskutierten Inhalte einer interessierten Öffentlichkeit bekannt machen. Der enorme Erfolg des Europäischen Sozialforums in Florenz Anfang November ermutigt uns, bestimmte der dort diskutierten Themen (wie Militarisierung, Privatisierungen, Konzernherrschaft, Steuerflucht) aufzugreifen und die Frage nach grundsätzlichen Alternativen zu einem Gesellschaftsprojekt, welches auf wirtschaftlicher Ausbeutung und Enteignung, ökologischer Zerstörung und militärischer Konfrontation beruht, offensiver anzugehen.

### **Das Andere Davos?**

Das Andere Davos fand zum ersten Mal im Januar 1999 in Zürich statt. Auf Initiative von attac (Association pour la taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyen-ne-s), der CCAMI (Coordination contre les colnes de l'Accord Multinational sur l'investissement), des FMA (Forum Mondial des Alternatives), des SAPRIN (Structural Adjustment Participatory Review International Network) und der FUNDE (Fundación Nacional para el Desarrollo, El Salvador) trafen sich zum ersten Mal Vertreter der Landlosenbewegung aus Brasilien (MST), der Fédération nationale des Organisations Paysannes aus Burkina Faso, der Gewerkschaft KCTU aus Korea, der Marche des femmes aus Québec oder der Arbeitslosenbewegung aus Frankreich. Dieses Treffen war eine erste wichtige Etappe auf dem Weg zur Entstehung des Weltsozialforums, das Ende Januar 2001 erstmals in Porto Alegre durchgeführt wurde.

Am zweiten und dritten Anderen Davos haben in den letzten Jahren im Zürcher Volkshaus je rund 1000 Personen teilgenommen und damit beigetragen, dass die heute von attac Schweiz organisierte und von rund 50 Organisationen mitgetragene internationale Konferenz ein wichtiger Ort des Widerstands und der Auseinandersetzung um Alternativen zur Globalisierung des Kapitals und der Kriege geworden ist.

## **PROGRAMM DAS ANDERE DAVOS**

### **Internationale Konferenz, Workshops und Debatten**

**Donnerstag, den 23. Januar 2003 im Volkshaus Zürich (Stauffacherstrasse 60)**

**13.00 - 14.00 Uhr: Eröffnung (Theatersaal Volkshaus, Türöffnung ab 12.30 Uhr)**

**Vom Europäischen Sozialforum in Florenz zur Anti-G8-Mobilisierung nach Evian: Welche Perspektiven für die kapitalismuskritische Bewegung?** Mit Beiträgen von **François Chesnais** (attac Frankreich) sowie Vertretern und Vertreterinnen von attac zürich und attac schweiz

## 15.00-18.00 Uhr: Workshops

### 1. Globalisierung und Militarisierung: Zwei Seiten einer Medaille (Theatersaal Volkshaus)

- Leitung: **Tobia Schnebli** (GSoA, Schweiz)
- **Natalie Goldring** (Institute for Defense and Disarmament Studies, USA)
- **Piero Maestri** (Guerre e pace, Italien) - **Claude Serfati** (attac Frankreich)
- **Tobias Pflüger** (Informationsstelle Militarisierung, Deutschland)

### 2. Gesellschaftliche Aneignung als Alternative zur Privatisierungspolitik (Rest. Coopertivo)

- Leitung: **Ursi Urech** (VPOD, Schweiz) - **Yves Salesse** (Fondation Copernic, Frankreich)
- **Michel Husson** (attac Frankreich) - **Sarah Schilliger** (attac Schweiz)
- **Torsten Bultmann** (Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, Deutschland)

### 3. Strategien des Widerstands gegen die Konzernherrschaft (Jugitreff Kreis 4)

- Leitung: **Christian Zeller** (attac Schweiz)
- **François Chesnais** (attac Frankreich) - **Elmar Altvater** (attac Deutschland)
- **Kolumbianischer Gewerkschafter** (Nestlé) - **Rocco Pappandrea** (FIOM, FIAT-Gewerkschaft, Italien)

### 4. Kampagne gegen Steuerflucht und Bankgeheimnis (Quartiertreff Bucheggplatz)

- Leitung: **Lis Füglistner** (Aktion Finanzplatz, Schweiz)
- **Mascha Madörin** (Aktion Finanzplatz, Schweiz) - **Sven Giegold** (attac Deutschland)
- **Sébastien Guex** (attac Schweiz) - **Dominique Froidevaux** (COTMEC, Schweiz)

### Abendveranstaltung: 19.30 - 20.15 Uhr: Der Krieg in Irak

mit **Raid Fahmi** (irakischer Oppositioneller) und **Natalie Goldring** (US-amerikanische Pazifistin)

**20.20 - 22.30 Uhr: Podiumsdiskussion** Herausforderungen für die kapitalismuskritische Bewegung in Zeiten des Kriegs mit **Elmar Altvater** (attac Deutschland), **Marcelo Lucca** (WSF, Porto Alegre), **Raul Zelik** (Autor, Deutschland), **Mascha Madörin** (Aktion Finanzplatz Schweiz), **Piero Maestri** (FSE Florenz), **Charles-André Udry** (Bewegung für den Sozialismus, Schweiz)

## Asiatisches Sozialforum (2. bis 7. Januar 2003) Gegen die Zerstörung von Vielfalt: viele andere Asien sind möglich

### Bericht von Christa Wichterich

Auch wenn das erste Asiatische Sozialforum (ASF) vor allem ein indisches Forum war, beeindruckte es als ebenso buntes wie turbulentes Sammelbecken für Widerspruch und Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung und Krieg nach außen und nach innen. Asienspezifisch waren die intensive Beschäftigung mit Fundamentalismen und die Bedeutung kultureller Kommunikationsformen. Über das Treffen vom 2. bis 7. Januar in Hyderabad berichtet Christa Wichterich

„People’s Voices“ wollte das Asiatische Sozialforum zu Gehör bringen und vor allem Stimmen von der Basis eine Plattform bieten. Auf den Podien wechselten deshalb häufig Analysen und Konzepte von Intellektuellen, NGO-, Partei- und GewerkschaftsvertreterInnen mit „Zeugnissen“ und Erfahrungsberichten von AktivistInnen, aber auch mit Liedern und Theaterszenen aus sozialen Basisbewegungen. Das Forum war keine Bühne für eine systematische und kohärente Neoliberalismuskritik. Vielmehr fügte sich hier in fünf Tagen ein Puzzle von Erfahrungsbruchstücken, Kämpfen und Analysen zusammen, das Globalisierung vor allem als Verlust von Kontrolle über Ressourcen und Beschäftigung, von Demokratie und kultureller Vielfalt, von Souveränität und Self-Reliance auf lokaler und regionaler Ebene definierte.

Während übergreifende Analysen nicht selten plakativ gerieten und mit dem dicken Filzstift gegen den US-Imperialismus gezeichnet wurden, sprachen die

Fallbeispiele überzeugend für sich: Wie die Liberalisierung im Agrarbereich und die Umstellung auf Exportproduktion Ernährungssouveränität und Existenzsicherheiten unterläuft, wie auf Betreiben der Weltbank staatliche Hilfsprogramme in Dürresituationen eingestellt werden, wie die kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen durch die Mechanismen der PRSP (Poverty Reduction Strategy Papers) an die Wand gespielt werden, wie nicht nur die Ökonomie strukturangepasst wird, sondern auch die pluralen Kulturen auf Markt- und Konsumlinie gebracht werden, wie viele ihr Beschäftigung verlieren, flexibilisiert und in den informellen Sektor geschleudert werden, wie Frauenhandel und Prostitution über Grenzen hinweg zunehmen, wie die Staaten de-investieren und Enteignung von Ressourcen durch Privatisierung von Wäldern bis zu Gewässern voranschreiten.

Nicht nur die USA wurden gezeißelt, ihr "Imperium" mit der neoliberalen Agenda als Software und mit Militarisierung als Hardware gegen diejenigen durchzusetzen, die sich ihrer Kontrolle zu entziehen versuchen. Nicht nur die Welthandels- und Finanzinstitutionen und transnationalen Konzerne standen im Kreuzfeuer der Kritik am Neokolonialismus. Sondern auch die Nationalstaaten wurden angeprangert: die Eliten verlieren wegen der wachsenden sozialen Klüfte, der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen und der fortbestehenden Armut ihre Unterstützung durch die Massen und sichern ihre Macht zunehmend durch Gewalt nach innen und außen, Einschränkung demokratischer Räume und einen neuen Nationalismus ab. Nighat Khan, eine der wenigen Pakistani, die nach Indien einreisen durften, analysierte die Geschichte der Militarisierung und Islamisierung in Pakistan. Während sich die Mehrzahl der Männer mit beiden Tendenzen arrangierten, leisteten Frauen von Anfang an Widerstand, weil ihre Rechte als erste beschnitten wurden. Die diversen Fundamentalismen und die Politisierung von Religionen wurden als identitätspolitische Antwort auf die neoliberale Hegemonie und Arroganz interpretiert.

Herausragend aus der oft kakophonisch wirkenden Stimmenvielfalt waren in ihrer konzeptionellen Klarheit VertreterInnen sozialer Basisbewegung wie Medha Patkar von der Bewegung gegen den Narmada-Staudamm und Aruna Roy von der Volksbewegung für ein Recht auf Information. "Wir können nicht zur UNO oder zur Welthandelsorganisation (WTO) fahren und für unsere Rechte kämpfen - wir streiten uns mit unserer Landesregierung", sagte Roy. Ihr trotz der Bewegung nicht nur Informationen über Politik und Budgets ab, sondern organisiert öffentliche Anhörungen und zieht die Behörden zur Rechenschaft. Wenn Rechte auf Nahrung, auf Information und Ressourcenzugang ins Zentrum der Kämpfe rücken, würde das "zu einem radikalen Wandel in den politischen Prioritäten führen", so Jean Drèze von der Jawaharlal Nehru Universität in New Delhi. Drèze und Roy halten an der "Verantwortung des Staates" für die Verwirklichung von Grundrechten fest. Organisationen wie die Volkswissenschaftsbewegung setzen dagegen vollständig auf den Aufbau von Alternativen auf kommunaler Ebene und in den lokalen Gemeinschaften. Und Vandana Shiva, Indiens bekannte Kämpferin für Biodiversität und lokale Ökonomien, plädierte in Hyderabad für die "Aufkündigung der Zusammenarbeit" mit dem Staat und für "Selbstregierung".

Medha Patkar von Narmada Bachao Andolan wurde wie eine Volkstribunin gefeiert, als sie zum gewaltfreien Kampf gegen das technologisch-industrielle Entwicklungsmodell, die fortgesetzte Marginalisierung von Dalits, den Niedrigkastigen, und den Adviasi, der indigenen Bevölkerung, sowie gegen den Hindu-Chauvinismus aufrief. „Wir müssen unser eigenes Entwicklungsparadigma definieren.“ Werte, Ethik und kulturelle Eigenständigkeit sind für sie wichtige Terrains des Kampfes gegen die Globalisierung mit den normativen Bezugsgrößen Gleichheit, Einfachheit und

Self-Reliance. "Die Bedingungen für unsere Kämpfe verändern sich. Seit die Entscheidungen über unser Leben und unsere Ressourcen auf globaler Ebene getroffen werden, muss unser Kampf von der Mikro-Ebene der Kommunen über die nationale bis zur globalen Ebene reichen."

Narmada Bachao Andolan kämpft seit Jahren dagegen, dass die lokale Bevölkerung ihre Ressourcen durch den Mega-Staudamm verliert: Land, Biodiversität, Häuser, ihre Kultur. Dabei weiß die Organisation genau, dass derzeit Privatisierung die größte Bedrohung für die Lebensgrundlagen der armen Bevölkerung ist. Aber sie hat nicht das Potential, um zusätzlich auch noch diesen Kampf zu führen. "Die Enteignung, die uns durch Liberalisierung und Privatisierung bevorsteht, kann nur eine breite Allianz von sozialen Bewegungen, NGOs und menschenrechtsorientierten Organisationen verhindern. Keine zivilgesellschaftliche Kraft kann dies allein schaffen," sagte deshalb Patkar.

"Eine Regenbogenkoalition ist notwendig", meinte zustimmend der Vorsitzende der marxistischen Partei Indiens CPI(M), Sitaram Yechury. Dass Menschen an der Basis die Kontrolle zurückgewinnen müssen über ihre Ressourcen, ihre Ökonomie, ihr Leben, ihre Demokratie - das war der tragende Konsens der GlobalisierungskritikerInnen auf dem Sozialforum. "Wir brauchen ein politisches System, das den Leuten die Möglichkeit zu sozialer und ökonomischer Kontrolle gibt," forderte Yechury und hat dabei weiterhin das parlamentarische System, aber auch lokale demokratische Strukturen im Sinn. Der starke Auftritt kommunistischer Parteien und Gewerkschaften überraschte in Hyderabad. Menschenrechtsorganisationen und NGOs sprachen gar von einem Versuch, das Forum zu hijacken.

„Seit Seattle sind wir sicher: die konzerngesteuerte Globalisierung ist reversibel,“ verkündete Walden Bello von Focus on the Global South in Bangkok und sieht als globale Klammern für die Bewegungen einen Zwei-Fronten-Kampf: den drohenden US-Krieg gegen den Irak zu verhindern und die WTO zum „Entgleisen“ zu bringen. Der Entwicklungsexperte Chandra Muzaffar aus Malaysia forderte eine Wiederbelebung der Blockfreien-Bewegung – „frei von Washington und seinen Alliierten - wirklich unabhängig.“

Resist, reverse, replace - so lautete das strategische Fazit des Forums. Dabei machte die Vielfalt von Stimmen, Konzepten und Initiativen, die in Hyderabad durch das immens breite und diverse Spektrum von Organisationen, Bewegungen und Parteien präsent waren, eins überdeutlich: es gibt nicht einen großen Gegenentwurf zum neoliberalen Modell, sondern viele verschiedene Alternativen. Nicht ein einheitliches anderes Asien ist möglich, sondern eine Pluralität anderer Asien.

## "Wir sind in der Defensive"

*Der asiatische Entwicklungsforscher **Walden Bello** berichtet vom Sozialforum und von Strategien für die Nichtkonzerne: Das Dringlichste sei angesichts des instabilen kapitalistischen Systems eine Alternative zu den Fundamentalisten und Nationalisten*

### Interview CHRISTA WICHTERICH

**taz: Sie haben mit dem Begriff Deglobalisierung eine Perspektive aufgemacht. Ist die hier auf dem Asiatischen Sozialforum weiter konkretisiert worden?**

**Walden Bello:** Wenn Globalisierung die globale Integration aller Märkte und Produktionssysteme im Interesse der Profitmacherei von Konzernen meint, dann bezeichnet Deglobalisierung Strategien, aus diesem System herauszukommen. Der Begriff will provozieren, Aufmerksamkeit erwecken - und das ist uns gelungen. Wir haben hier unterschieden zwischen globalisierter Ökonomie und wirklicher internationaler Ökonomie. Das bedeutet keinen Rückzug aus allem Handel, aber eine Absage an das Dogma des freien Handels. Wir wollen internationalen Handel unter fairen Bedingungen, nicht kontrolliert von der WTO, sondern angepasst an die Werte, die Rhythmen, Bedürfnisse und Visionen der Gesellschaften.

**Nach Ihrer Analyse ist das neoliberale System in der Krise. Gewinnen globalisierungskritische Bewegungen dadurch an Boden? Mit welchen Chancen?**

Die Instabilität des kapitalistischen Systems ist unser größter Pluspunkt. Es ist ganz dringlich, dass die globalisierungskritischen Bewegungen ein anderes Modell anbieten. Denn wir sind in einer Situation wie Anfang der 30er-Jahre in Deutschland: Wer kann die Massen überzeugen: die Rechten oder die Linken? Das Establishment kann nicht länger durch ideologische Überzeugung an der Macht bleiben, sondern muss autoritäre Mittel und Gewalt benutzen. Schon Rosa Luxemburg hatte auf den möglichen Triumph der Barbarei hingewiesen. Das kann auch jetzt wieder geschehen. Die Fundamentalisten und Nationalisten bieten bereits ein alternatives Paradigma an. Wir stehen in einer furchtbaren Konkurrenz mit ihnen. Deshalb brauchen wir Foren wie das ASF, um die Dringlichkeit rüberzubringen. Wir sind in der Defensive. Die Zeit läuft.

**Tragende Säulen des neoliberalen Systems sind die internationalen Finanzinstitutionen. In Globalisierungsdiskussionen ist eine zentrale Frage, wie sie bekämpft werden können.**

Den zentralen Steuerungsinstitutionen wie der Welthandelsorganisation WTO und der Weltbank muss Macht entzogen werden. Steuerungs- und Kontrollmacht muss dezentralisiert und an regionale Organisationen und Kooperationen übergeben werden. Nur dann können Gesellschaften die ihnen gemäßen Entwicklungsstrategien demokratisch wählen. Und diese Strategien werden unterschiedlich sein, je nach den Bedürfnissen und Interessen unterschiedlicher Kulturen und Gemeinschaften. Wir brauchen dezentrale und pluralistische Regime, geteilte Macht, wechselseitige Kontrolle - demokratische Institutionen, nicht technokratische neoliberale Wirtschaftsblöcke wie die EU und Asean.

**Was steht als nächstes an?**

Die nächste Liberalisierungsrunde bei der 3. WTO-Ministerratskonferenz im September in Cancun zu verhindern. Jemand hat gesagt: Die WTO ist wie ein Fahrrad, sie fällt um, wenn sie nicht in Bewegung ist. Genau das wollen wir erreichen. Wir wollen sie aus dem Tritt bringen. Dazu müssen wir eine globale Massenbewegung gegen die konzerngesteuerte Globalisierung aufbauen. Auf nationaler Ebene müssen wir neue Liberalisierungsverhandlungen unserer Regierungen stoppen. Und in Cancun werden wir mindestens so präsent sein wie in Seattle. Wir wollen einen weiteren Liberalisierungskonsens verhindern. Auch das würde kein Sieg über das neoliberale System sein, aber Möglichkeiten eröffnen für unseren Kampf für alternative dezentrale Institutionen.